

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 D. Bf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzmangel u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 41

Bromberg, Mittwoch, den 21. Februar 1934

58. Jahrg.

Polen und die Unabhängigkeit Oesterreichs.

Der „Kurjer Warszawski“ beschäftigt sich in einem längeren Aufsatz mit den letzten Ereignissen in Oesterreich und zeichnet die Richtlinien auf, die Polen gegenüber der Anschlussfrage einnehmen müsste. In dem Aufsatz heißt es u. a.:

Die inneren Kämpfe, deren Schauplatz Oesterreich gebildet hat, interessieren Europa vor allem von dem Gesichtspunkt aus, ob sie zur Sicherung der Unabhängigkeit (und sei es um den Preis des von Italien entliehenen Ausdrucks Faschismus) führen werden, oder eine Art Intermezzo darstellen, nach welchem die Wiener Expositur der Berliner Leitung der nationalsozialistischen Partei zur Macht kommen soll. Sowohl die französischen als auch die italienischen Staatsmänner erblicken in der Unabhängigkeit Oesterreichs den Grundstein des europäischen Gleichgewichts. Die Sicherheit Italiens und auch diejenige Frankreichs sind durch einen eventuellen Anschluss zwar nicht direkt bedroht. Bedroht wäre dagegen die Verteilung der Kräfte in Mitteleuropa und auf dem Balkan.

Ein österreichisch-deutscher 75-Millionen-Block

würde eine Anziehungskraft für Ungarn und Bulgarien bilden, eine Gefahr für die Tschechoslowakei bedeuten, die mit dem Sturz der österreichisch-ungarischen Monarchie begrabene Idee eines Marsches auf den Balkan wiederaufleben lassen. Die engere Organisation der Kleinen Entente, wie auch der unlängst abgeschlossene Pakt der Balkan-Staaten zeugen davon, daß man sich dieser Gefahr bewußt und zur Selbstverteidigung bereit ist.

Wenn man sich über den Standpunkt klar werden soll, den Polen zu dieser Frage einnehmen müsste, so darf man nicht in Kombinationen von Statisten eindringen, von denen die einen versuchen, Deutschland von Oesterreich abzulenken und für den pommerellischen Korridor Stimmung zu machen, die anderen wiederum Deutschland den Kurs von Osten nach Südosten weisen wollen. Diese Statisten geben sich der Täuschung hin, daß sie den Gang der Geschichte ändern werden. Sie verschließen die Augen vor der Tatsache, daß in der unveränderlichen Außenpolitik des Reiches der Drang nach dem Osten und Südosten ein organisches Ganzes bildet, und daß es vom Gesichtspunkt der dritten Staaten gleichgültig ist, auf welchem Wege früher oder später

ein deutsches Mitteleuropa

entstehen sollte, das augenblicklich in ein Zwischeneuropa umgemalt worden ist.

In Deutschland und anderswo hatte man versucht, den deutsch-polnischen Verständigungs- und Nichtangriffspakt als Desinteressement Polens in der österreichischen Frage zu interpretieren. Der Wortlaut des Paktes gibt zu einer solchen Behauptung aber keine Grundlage. Die beiden Seiten haben sich zwar verpflichtet, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Polens und Deutschlands zu mischen. Aber die Frage der Beherrschung Oesterreichs durch die nationalsozialistische Regierung wird nur in Deutschland als eine innere österreichisch-deutsche Angelegenheit angesehen. Wenn Frankreich und Italien mit Rücksicht auf das Gleichgewicht der Kräfte in Europa, d. h. aus Großmacht-Rücksichten, ein einseitiges Anwachsen der Macht Deutschlands durch die Einverleibung Oesterreichs nicht zulassen wollen, so muß auch Polen aus Großmacht-Rücksichten ebenfalls um seine Stellung als Faktor des europäischen Gleichgewichts besorgt sein. Ein kleiner Staat hat lokale Interessen, die auf das direkte Verhältnis mit den Nachbarn beschränkt sind.

Der Verständigungspakt mit Deutschland darf aber nicht die Großmachtstellung beschränken, die Polen bewahren muß.

Der Pakt kann Polen nicht auf Latenlosigkeit verurteilen, während Deutschland in Oesterreich eine Barriere für Mitteleuropa errichten will. Polen darf die Bildung einer geopolitischen Situation nicht zulassen, in der es zwischen dem sowjetrussischen Eurasien und dem nationalsozialistischen Mitteleuropa eingeschlossen wäre. (Kann man eine „geopolitische Situation“ überhaupt verändern? D. N.)

Anmerkung der „Deutschen Rundschau“: Eine geopolitische Situation kann nur der Schöpfer aller Dinge ändern. Im übrigen wäre nur zu bemerken, daß auch der „Kurjer Warszawski“ vom Geist des Zehnjahrespaktes keinen Hauch verspürt zu haben scheint. Vielleicht findet er in Polen überhaupt nur bei uns Deutschen seinen aufrichtigen Gläubigen!

Vorbereitungen zur Beisehung des Belgier-Königs

Brüssel, 20. Februar. (P.M.) Kronprinz Leopold ist mit seiner Gattin in der Nacht zum Montag aus der Schweiz in der Hauptstadt Belgiens eingetroffen. Das Kronprinzenpaar nahm persönlich die Beileidskundgebungen der Regierungsmitglieder entgegen, die sich auf dem Bahnhof versammelt hatten. Gleichzeitig wurde mit dem Kronprinzen das Protokoll der Beisehung und der Krönung vereinheitlicht. Am Montag abend wurde die sterbliche Hülle des Monarchen von Laeken nach dem königlichen Schloß in Brüssel übergeführt. Ehemalige Kriegsteilnehmer, darunter eine Abteilung der ehemaligen polnischen Kriegsteilnehmer, bildeten auf dem Wege, den der Trauerzug passierte, Spalier. An der Beisehung werden Könige und Präsidenten vieler Staaten teilnehmen.

Die Krönung des Kronprinzen Leopold zum König von Belgien erfolgt am Freitag im Saale des Parlaments.

Französische Minister an der Bahre des Königs

Am Montag nachm. trafen die Minister Frankreichs, Doumergue, Tardieu und Herriot in Brüssel ein. Direkt vom Bahnhof begaben sich die Minister in das königliche Schloß in Laeken, wo sie dem verstorbenen König die Huldbigung darbrachten. Nach 1½stündigem Aufenthalt in Brüssel reisten die französischen Minister wieder nach Paris ab.

Zur Beisehung des Königs Albert wird aus Italien nur der Thronfolger Kronprinz Umberto nach Brüssel kommen. Seine Gattin, die Tochter des Königs Albert, Prinzessin Marie Josephine, bleibt mit Rücksicht auf ihren angegriffenen Gesundheitszustand in Neapel. Die Prinzessin Marie Josephine hatte auf die Meldung von dem tragischen Tode ihres Vaters die Besinnung verloren. Am Montag ist auch der König von Bulgarien Boris in Begleitung des Fürsten Cyrill infognito nach Brüssel abgereist, um an der Beisehung seines Onkels, des Königs Albert, teilzunehmen.

Als Delegierter des Präsidenten der Republik Polen, der Polnischen Regierung, sowie des polnischen Heeres reist am Dienstag der Divisionsgeneral Daniel Konarzewski nach Brüssel ab.

Nationaltrauer in Frankreich.

Paris 20. Februar. (P.M.) Nach einem Beschluß der Regierung wird der Tag der Beisehung des Königs Albert ein Tag der nationalen Trauer sein. In Paris sind die Vorstellungen in den Theatern abgesetzt. Die Pariser Börse hat am Montag das Gedenken des verstorbenen Königs mit einem eine Minute wählenden Schweigen geehrt.

Die Drei-Mächte-Erklärung hat keinen Sinn.

Deutsche Kommentare zu dem Oesterreich-Memorandum.

Berlin, 20. Februar. (P.M.) Die halbamtliche „Diplomatisch-politische Korrespondenz“ schreibt in einem Kommentar zu der Erklärung der drei Mächte in der österreichischen Frage u. a.:

Diese Form der internationalen Aktion, die mit Unterstützung des Kabinetts Dollfuß unternommen wurde, bringt Deutschland

eine volle Rehabilitation.

Die einmütige Betonung der Notwendigkeit, die Unabhängigkeit Oesterreichs entsprechend den vertraglichen Verpflichtungen zu erhalten, deckt sich mit der durch den Reichskanzler aufgestellten Politik Deutschlands, der jeder Gedanke fernliegt, sich mit Gewalt in österreichische Verhältnisse zu mischen, oder die gegenüber Oesterreich eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen zu verletzen. Eine Anspielung auf die Unabhängigkeit Oesterreichs wird aber mit dem Augenblick aktuell, wenn man sich die aktive Ingerenz vergegenwärtigt, die in der letzten Zeit von einer anderen Seite gegenüber den österreichischen Vorgängen zu bemerken war.

Unter Hinweis auf die Stimmen der Auslandspresse über die letzten Ereignisse in Oesterreich heißt es in der Korrespondenz: Es muß daran erinnert werden, daß Oesterreich ein selbständiger Staat ist, der eine deutsche Bevölkerung besitzt, deren Vaterland nicht als ein Mandatsgebiet behandelt werden darf. Das dem österreichischen Volke zustehende Selbstbestimmungsrecht in der Außen- und Wirtschaftspolitik ist ohnehin so eingeschränkt,

daß man von einem unabhängigen österreichischen Staate nicht sprechen könnte, wenn das Ausland auch in Zukunft einen Einfluß auf den Gang der Innenpolitik dieses Landes ausüben würde.

Der „Völkische Beobachter“ vertritt den Standpunkt, daß das sogenannte Oesterreich-Memorandum, das die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens herausgegeben haben, überhaupt gar keinen Sinn hat. Gewisse Politiker in Rom und Paris, so heißt es weiter, wollten in London enen Druck ausüben, damit auch London unter

Durch ein bedauerliches technisches Versehen ist gestern bei der Wiedergabe der Unterredung eines englischen Korrespondenten mit Adolf Hitler das Ende vor den Anfang gesetzt worden. Wir bitten unsere Leser, dieses Versehen freundlich entschuldigen zu wollen. Sie werden schon selbst bemerkt haben, daß der Beginn des Gesprächs auf den unteren Teil der ersten Spalte verlegt worden ist. An den vermeintlichen Schluß auf der dritten Spalte schließen sich die an der Spitze der ersten Spalte wiedergegebenen Äußerungen des Kanzlers über den deutsch-polnischen Friedenspakt und über die innere Lage Deutschlands an.

Französisches Militär bei den Beisehungsfeierlichkeiten.

Paris, 20. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Französische Regierung hat beschlossen, für die Beisehung des Königs von Belgien eine Ehrenkompanie mit Fahnen und Musik, sowie eine Abteilung Marine-Infanterie zur Erinnerung an die „heldische Zusammenarbeit“ der französisch-belgischen Abteilungen bei Ypern und an der Yser zu stellen. Die Einzelheiten der Beisehungsfeierlichkeiten werden am Dienstag festgelegt werden.

König Christian X. von Dänemark, der sich augenblicklich in Cannes aufhält, wird sich am Mittwoch ebenfalls nach Brüssel begeben, um an den Beisehungsfeierlichkeiten teilzunehmen.

Belgiens vierter König.

Der bisherige Thronfolger Leopold, Philipp, Karl, Albert, Meinrad, Hubert, Maria, Miguel Herzog von Brabant wird als König den Namen Leopold III. tragen. Er wurde am 8. November 1901 in Brüssel geboren und ist seit November 1926 mit Prinzessin Astrid von Schweden vermählt (nicht mit einer italienischen Prinzessin, wie gestern von einer Korrespondenz falsch berichtet wurde). Die neue belgische Königin ist am 17. November 1905 in Stockholm geboren und im August 1930 zur katholischen Kirche übergetreten. Der Ehe sind bisher zwei Söhne entsprossen, und zwar eine Tochter, die am 11. Oktober 1927 geboren wurde und ein Sohn Prinz Balduin, geboren am 7. September 1930, der also jetzt der belgische Thronfolger ist.

Der neue König hat noch zwei Geschwister, einen Bruder, den Prinzen Karl Graf von Flandern, der bisher noch nicht vermählt ist, und eine Schwester Maria Josepha, geboren 1906, die sich im Januar 1930 mit dem Kronprinzen Umberto von Italien vermählte.

König Leopold und seine sportgeübte Gemahlin huldigen vor allem dem Schneeschuhlauf, in dem der junge König Meister ist. Während des Winters sind sie in der Regel in der Schweiz oder in Schweden gewesen.

allen Umständen das Rad der Weltgeschichte aufhält und den Sieg des deutschen Gedankens in Oesterreich verhindert. Es schreibt diesen Herren eine Art Koalition vor, die mit ihrer brutalen Gewalt die geistlose Kanonenherrschaft der Heimwehrminderheit in Wien stützen sollte, um Oesterreich weiter als Spielbank internationaler Diplomatenränke zu benutzen. London hat in gewissem Sinne diesem Diplomatenruck nachgegeben, sich aber dadurch gesichert, daß es sich verpflichtete, dem Gang der innerpolitischen Ereignisse in Oesterreich keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen. Da es

der Nationalsozialismus und nicht die Reichsregierung ist, die Dollfuß Sorgen macht, ist die Erklärung der britischen und französischen Regierung gänzlich unnötig und nicht einmal das Papier wert, auf dem sie geschrieben ist. Die Erklärung wird von der Weltgeschichte in den Papierkorb geworfen werden, wie so viele Geistesprodukte sogenannter Diplomaten. Im übrigen kann die Fremdmächteerklärung mit sehr viel mehr Recht gegen die Tschechoslowakei ausgeleitet werden, der vorgeworfen wird, die Schutzbündler mit Waffen versorgt zu haben.

Frankreich für die Wiedereinsetzung der Habsburger?

London, 20. Februar. (P.M.) „Daily Herald“ glaubt zu wissen, daß die Französische Regierung gegenwärtig eine geheime Aktion zugunsten der Wiedereinsetzung der Monarchie der Habsburger in Oesterreich und in Ungarn einleiten will. Eine entsprechende Anspielung darauf, besonders unter dem Gesichtspunkt, daß man nur auf diesem Wege die einzig wirksame Barriere gegen das Hitlerium errichten könne, soll dem britischen Minister Eden gegenüber in Paris erfolgt sein. Dieser soll jedoch erklärt haben, daß er keine Vollmachten besitze, um über diese Frage zu diskutieren.

„Daily Herald“ berichtet ferner, daß die Italienische Regierung, die Oesterreich vollkommen den Einflüssen Italiens unterzuordnen beabsichtige, eine andere Aktion vorbereite. Sie will veranlassen, daß die Tschechoslowakei durch Oesterreich in den Anfallzustand verlegt werde, weil sie sich in innere österreichische Angelegenheiten gemischt habe.

Italien aber klagt die Tschechoslowakei an, daß sie zum Waffenschmuggel nach Österreich zur Bewaffnung des sozialdemokratischen Schutzbundes beigetragen habe, was eine Verletzung des Traktats von St. Germain bedeute.

Tschechische Waffen für die Schutzbündler.

Budapest, 20. Februar. (P.M.) „Pesti Hirlap“ veröffentlicht sensationelle Meldungen über tschechische Waffenlieferungen für den Schutzbund in Österreich. Das Blatt bringt u. a. die Nachricht, daß in Wien zwei Waggon tschechischer Munition, die für den Schutzbund als Blechgefäße aufgegeben worden war, angehalten wurden. Nach weiteren Informationen des „Pesti Hirlap“ sollen am 13. d. M. 20 000 irreguläre tschechische Truppen, vorwiegend Arbeiter, die österreichische Grenze überschritten haben, die an der österreichischen Revolution unter dem Vorwand teilnehmen sollten, den in Wien wohnenden bedrohten tschechischen Arbeitern zu Hilfe zu kommen. Im letzten Augenblick so die Verwirklichung dieser Absicht verhindert worden sein.

Die „Times“ zur Drei-Mächte-Erklärung.

London, 20. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Times“ besaßen sich in einem besonderen Artikel mit der Drei-Mächte-Erklärung und schreiben u. a. folgendes: Es sei sehr wichtig für Italien und Frankreich, daß Österreich unter den Bedingungen weiterlebe, die im Friedensvertrag geschaffen wurden, und daß die kleine Republik nicht von einem anderen Staate aufgeschluckt oder auch nur ihm gleich gemacht werde. Es sei allerdings die Feststellung am Platze, so fahren die „Times“ fort,

daß sich die britische Ansicht mit der italienischen und der französischen nicht völlig decke.

Unter Hinweis auf die Erklärung, die Sir John Simon vor einer Woche abgegeben hat, sagt das Blatt, die Drei-Mächte-Erklärung sollte im Lichte dieser Erklärung gedeutet werden. Sie stelle nicht die Übernahme einer neuen Verpflichtung dar. Sie schließe keine anderen Garantien als diplomatische Unterstützung ein und habe nicht zu bedeuten, daß der finanzielle und wirtschaftliche Beitrag, den England bereits geleistet habe, gestärkt oder geschwächt werden solle. Dies sei der Eindruck, so erklären die „Times“ weiter, den diese Erklärung in der britischen Öffentlichkeit hervorrufe. Diese Feststellung sei wohl angebracht,

denn letzten Endes könne die Britische Regierung eine bestimmte Aktion in Mitteleuropa nicht ohne Billigung der großen Mehrheit der öffentlichen Meinung Englands unternehmen.

Es sei hoch wichtig, daß andere Länder nicht mehr aus der britischen Erklärung herauslesen, als darin ausgedrückt werden solle. Die Erklärung müsse angemessenerweise so ausgelegt werden, daß die Wünsche der Mehrheit des österreichischen Volkes von der im Amte befindlichen Regierung stets Beachtung finden werden und daß das österreichische Volk, solange es für ein eigenes unabhängiges Regime sich entscheide, die diplomatische, finanzielle, wirtschaftliche und moralische Unterstützung Großbritanniens finden werde.

Neue Unruhen in Oesterreich.

Berlin, 20. Februar. (P.M.) Nach einer Meldung aus Wien hat die dortige Polizeidirektion am Montag mittag die telegraphische Nachricht erhalten, daß in der Nacht zum Montag in der Nähe von Salzburg ein Dynamit-Attentat auf das Wien mit den Ländern des Westens verbindende Telephonkabel verübt wurde. Die Attentäter sind unerkannt entkommen. Die Telephonverbindungen zwischen Wien und dem Westen waren bis zum nächsten Tage früh unterbrochen. Die Gespräche mit der Schweiz wurden noch am Montag nachmittag über Berlin geführt.

In der Nähe des Neumanehof wurden am Sonntag bei einer Schießerei vier Personen verletzt. Auch im Wiener Stadtteil Simmering kam es zu blutigen Kämpfen. Eine Heimwehr-Patrouille stieß dort auf eine Gruppe von Schutzbündlern, die damit beschäftigt waren, ein Maschinengewehr aufzustellen. Während der Schießerei wurden drei Schutzbündler getötet, zwei weitere wurden schwer verletzt.

Die Standgerichte

immer noch an der Arbeit.

Wien, 20. Februar. (P.M.) In Steyer wurde ein Todesurteil an einem Mitgliede des Schutzbundes vollstreckt. In Eßben wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Wallisch durch das Standgericht zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde unverzüglich vollstreckt. In Wien standen am Montag sechs Schutzbündler vor dem Standgericht, die an den Kämpfen vor dem Goethe-Hause teilgenommen hatten. Der Hauptangeklagte wurde zum Tode durch den Strang, zwei weitere Angeklagte zu 12 bzw. 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten werden sich vor dem gewöhnlichen Gericht zu verantworten haben.

Auflösung von polnischen Organisationen in Wien

In Wien wurden, wie der Krakauer „Kulturmonat Kurjer Codzienny“ meldet, die polnischen Vereine „Sila“ (Kraft), „Proletariat“ und „Naprzód“ (Vorwärts), die in dem Verbande der polnischen Vereinigungen Österreichs organisiert sind, mit der Begründung aufgelöst, daß es sich bei diesen Gruppierungen um sozialistische Vereinigungen handle. Das Krakauer Blatt meint, daß diese Vereinigungen im Gegensatz zu den Zielen der sozialistischen Organisationen lediglich ihre Aufgabe in der Vertiefung des Nationalbewußtseins, der polnischen Kultur und der Muttersprache erblickten, und daß die österreichische Regierung durch die Auflösung, die im Friedenstraktat von St. Germain übernommenen internationalen Verpflichtungen verlegt habe.

Bisher über 2000 Tote in Oesterreich.

Nach der „Berliner Börsen-Zeitung“ berechnet die Polizeidirektion in Wien die Zahl der Todesopfer der blutigen Ereignisse in Österreich bis zum Abend des 14. d. M. auf 1730 Personen. Das Blatt behauptet aber, daß diese Zahl auf über 2000 Personen angewachsen sei, da sich die blutigsten Kämpfe zwischen dem 15. und 16. Februar abgespielt haben.

Nach Bed's Moskauer Reise.

Die polnische Presse beschäftigt sich jetzt — nach der Rückkehr des polnischen Außenministers aus Rußland — noch immer mit den Ergebnissen dieser Moskauer Fahrt. Die „Gazeta Polska“, das offizielle Organ der Polnischen Regierung, bringt in einem Beitaufsatz eine ausführliche Schilderung über die pomphaften Empfänge und die sonstigen Veranstaltungen zu Ehren des polnischen Außenministers in Moskau, wobei Herr Bed als Held des Tages gefeiert wurde. Auch die übrige Regierungspresse preist die Erfolge des Moskauer Besuchs. Nur die Organe der Nationaldemokratie wünschen nähere, konkrete Angaben darüber, was Minister Bed in Moskau erreicht hat.

Der „Kurjer Poznański“, bekanntlich eine Zeitung des Regierungslagers, schreibt u. a.:

„Minister Bed kann sich nach seinem Moskauer Besuch mit Recht rühmen, daß die Ernte, mit der er von seiner diplomatischen Reise zurückgekehrt ist, in vollem Umfange den Erwartungen entspricht, die man an diese Reise nicht allein in den leitenden politischen Kreisen, sondern auch in den breiten Massen der polnischen Volksgemeinschaft geknüpft hat. Der Meinungsaustrausch zwischen dem Vertreter der Polnischen Regierung und dem Volkskommissar Litwinow hat die Einmütigkeit der Anschauungen der beiden Regierungen bezüglich der grundsätzlichen Fragen bekräftigt, die eine Politik der Wahrung und Festigung des Friedens bedingen.“

„Als wir vor einigen Monaten die Konvention mit Moskau unterzeichneten und mit ihm zusammen den Begriff des Angreifers umschrieben, fragte Deutschland, Verdacht schöpfend, ob in diesem Pakt der gegenseitigen Eintracht nicht eine gegen eine dritte Seite gerichtete Schärfe stecke. Als wir dann den Pakt mit Deutschland unterzeichneten, kam aus Moskau gewissermaßen der Widerspruch von einer „Zickzack-Politik“. Als Antwort darauf begab sich der Außenminister der Republik zu einem Besuch nach Moskau. Die angeblichen polnischen „Zickzack“ entwickelten sich zu einer geraden Linie, in einer Linie der Konsequenz, Logik und Aufrichtigkeit.“

Minister Bed kann schließlich mit Genugtuung feststellen, daß die Intentionen der Polnischen Regierung sowohl in Moskau als auch in Berlin verstanden wurden. Nach seiner Rückkehr aus Moskau erschien eine Unterredung mit dem Kanzler Hitler, in der dieser der Hoffnung Ausdruck gab, daß Deutschland und Polen endgültig jeglichen Gedanken, zu den Waffen zu greifen, nicht allein für zehn Jahre, sondern für immer aufgegeben haben. In der Politik gibt es zwar den Ausdruck „für immer“ nicht. Aber die in diesem Ausdruck enthaltene Intention hat ihren zweifellosen Inhalt, einen sehr aktuellen und höchst wertvollen Inhalt.“

Der nationaldemokratische „Kurjer Poznański“ gibt, wenn er auch die Bedeutung des Moskauer Besuchs des polnischen Außenministers nicht ablehnet, doch seinem Unbehagen über die knappen Informationen Ausdruck, die bis jetzt über diesen Besuch in die Öffentlichkeit gelangt sind. Das Blatt schreibt u. a.:

„Der seit Jahrhunderten dauernde Konflikt zwischen Polen und Rußland scheint beendet zu sein. Beendet wurde er durch den Krieg vor 15 Jahren und durch das Traktat von Riga, das ihm folgte. Die Herrschaft der neuen revolutionären Elemente in Rußland hat es freilich der russischen Politik erleichtert, von dem

Das Blatt gibt sodann eine Beschreibung der erschütternden Einzelheiten dieser Kämpfe. So soll in Wien das Gerücht umlaufen, daß während des Sturmangriffs auf den sogenannten Schlingerkhof in Floridsdorf 17 Kinder im Alter von unter zehn Jahren erschossen worden sind. Die verzweifeltsten Frauen, die, wie das Blatt behauptet, im Gebäude eingeschlossen waren, stellten sich, um die Militärabteilungen von dem Bombardement der Häuser abzuhalten, vor die offenen Fenster und hielten die Kinder auf dem Arm. Von der Erbitterung, die auf beiden Seiten herrschte, soll die Tatsache zeugen, daß im Stadtteil Döbling ein 12jähriger Knabe einer Heimwehrpatrouille mit dem Revolver in der Hand entgegenlief. Der Junge schuß auf die Soldaten, die dann dem Kinde den Kopf mit dem Gewehrkolben spalteten.“

Die ungarischen Revisionsforderungen.

Von ungarischer Seite wird den „Basler Nachrichten“ geschrieben:

Da die Revisionsbestrebungen Ungarns da und dort in der schweizerischen Presse nicht durchaus auf Grund der tatsächlichen Lage geschildert werden, sei es erlaubt, in Kürze auseinanderzusetzen, wie weit die ungarische Forderung hinsichtlich der Revision des Trianoner Vertrages geht.

Ungarn fordert nicht die Slowakei zurück, sondern nur einen Teil des heute so bezeichneten Gebietes, das 947,471 Einwohner hat, von denen laut ungarischer Volkszählung im Jahre 1910 813 501 Ungarn waren. Von Rumänien verlangt Ungarn ein Gebiet zurück, das laut ungarischer Volkszählung 508 563 Einwohner, darunter 413,104 Ungarn, hat. Eine Volksabstimmung wird bloß in jenen weiteren Teilen Rumäniens und Jugoslawiens gefordert, wo Ungarn und Rumänen in gleicher Zahl leben oder wo Ungarn und Deutsche zusammen die Mehrheit bilden. Solche Volksabstimmungen sollen bloß in den an Rumänien angrenzenden Gebieten stattfinden, nicht in der kernungarischen (??) Insel Siebenbürgen, das von Rumänien eingeschlossen ist. Für dieses (zum größten Teil urdeutsch) Gebiet verlangt die ungarische Revisionsliga Autonomie. Da auch nach einer solchen Regelung noch alle Staaten fremde Volkspoliten enthalten würden, sollten die Rechte dieser Minderheiten nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit geregelt werden.

Graf Bethlen hat in seinen Londoner Vorträgen die Slowakei nicht zurückverlangt, sondern bloß sowohl für sie wie für Karpathorußland jene Autonomie gefordert, für die Slowaken und Karpathorussen selbst kämpfen. Den Slowaken ist diese Autonomie im sogenannten Pittsburg-Vertrag von tschechischer Seite, und zwar auch mit der Unterschrift Masaryks, zugesagt, während die Autonomie Karpathorusslands in den Friedensverträgen versprochen wurde. Dazu hat eine Mantelnote Millerands

Bege des traditionellen Dranges nach Polen abzuweichen. Aber auch die allgemeine Änderung der internationalen Verhältnisse in der Welt, sowie der mit ihr zusammenhängende Umsturz haben diese Wendung ermöglicht. Der Aufenthalt des Herrn Bed in Moskau hatte den Charakter eines Gegenbesuches. Im Jahre 1925, vor der Unterzeichnung des Paktes von Locarno, traf der damalige Außenkommissar Tschitscherin in Warschau ein. Locarno war der erste Mißklang in den russisch-deutschen Beziehungen. Moskau erblickte in ihm einen Anhaltspunkt dafür, daß Deutschland sich von ihm und von dem Traktat von Rapallo abwende und sich mit dem Westen Europas zu verbinden beginne. Man sprach damals viel davon, daß der Locarno-Pakt eine Grundlage für eine europäische, gegen Sowjetrußland gerichtete Koalition werden würde. Zudem er einen Kontakt mit der Polnischen Regierung anzuknüpfte, wünschte Tschitscherin vor allem, Berlin zu beeinflussen und ihm mit der Möglichkeit einer polnisch-sowjetrussischen Annäherung zu drohen. Von Warschau aus begab sich Tschitscherin in die Reichshauptstadt, wo man ihn mit einem Kompromiß und der Versicherung freudigte, daß das Traktat von Rapallo unangetastet bleiben werde. Diese Versicherung hatte, wie es sich herausgestellt hat, einen siebenjährigen Wert. Das, was im Jahre 1925 nur angedeutet wurde, ist jetzt eine vollzogene Tatsache (??) geworden.

Der Besuch des Herrn Bed in Moskau sollte zweifellos den Beweis dafür liefern, daß der mit Deutschland abgeschlossene Nichtangriffspakt an der polnischen politischen Linie gegenüber Sowjetrußland nichts ändere, die im vorigen Jahre in verschiedenen gegenseitigen Konventionen ihren Ausdruck gefunden haben. Der Pakt mit Deutschland hat in Rußland viel Zweifel und Mißtrauen hervorgerufen. Es wäre zu hoffen, daß der Moskauer Aufenthalt des Ministers Bed diese Befürchtungen zerstreut hat. Behandelt doch die polnische öffentliche Meinung die Reise des polnischen Ministers nach Rußland hauptsächlich als den Willen, die Annahmen zu verneinen, die der deutsch-polnische Pakt hat aufkommen lassen. Und diese Verneinung ist hauptsächlich durch die freudigen Kommentare und Schlüsse notwendig geworden, die dieser Pakt in einem bedeutenden Teil der Regierungspresse gefunden hat.“

Der „Kurjer Poznański“ wirft sodann die Frage auf, ob außer der Erhöhung der beiderseitigen Gesandtschaften zu Botenposten nicht über andere konkrete Fragen gesprochen wurde, die sich entweder aus dem Rigaer Traktat oder aus der allgemeinen internationalen Lage ergeben. Das Blatt erinnert daran, daß Ende des vergangenen Jahres viel von einem Garantie-Abkommen gesprochen wurde, daß zwischen Rußland und Polen auf der einen Seite und den Balkenstaaten auf der anderen abgeschlossen werden sollte, jedoch infolge des Widerspruchs Finnlands nicht zustande gekommen ist, ferner, daß zwischen Rußland, Polen und Frankreich von einer militärischen Verständigung viel geschrieben worden sei. Das nationaldemokratische Organ meint, der Besuch des Herrn Bed müßte den Beweis dafür liefern, daß die vor einem Jahr eingeleitete polnisch-russische Annäherung nicht eine Episode und Caprice der polnischen Politik gewesen, sondern dauernd in unser politisches System übergegangen sei, von dem es keine Abweichungen gibt. Dieses System müßte konsequent, ohne Trübungen, im gut verstandenen Interesse weiter entwickelt werden, mit dem Vorbehalt allerdings, daß sich die beiden Kontrahenten nicht in innere Angelegenheiten mischten. Zum Schluß fragt das Blatt, ob bei dem Besuch des Ministers in Moskau auch in der Frage der für beide Seiten so erwünschten Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, etwas getan worden ist.

Karpathorußland das Recht zugebilligt, sich für oder gegen Ungarn auszusprechen. Nicht mit Volksabstimmung, sondern durch das Votum ihrer autonomen Körperschaften sollen, wie Graf Bethlen wünscht, die Slowakei und Karpathorußland ihren Willen kundgeben. Die jüngst ersehene Erklärung jener slowakischen Abgeordneten und Senatoren, die sich gegen den Anschluß an Ungarn aussprechen, steht also nicht in Gegensatz zum ungarischen Anspruch auf die von Ungarn bewohnten Gebiete der Slowakei.

Die Auffassung des Grafen Bethlen über Siebenbürgen weicht von derjenigen der Revisionsliga insofern ab, daß er für kein Gebiet Rumäniens Volksabstimmung, und auch keine spezielle Autonomie für die kernungarische Széklerinsel fordert, sondern vorschlägt, daß ganz Siebenbürgen, so wie es heute ist, als selbständiger Staat wiederhergestellt werde, wie es einstens war; ein solcher Staat würde sich sicher zu einer östlichen Schwiz mit gleichen Rechten für die drei dort wohnenden Nationen entwickeln.

Wenn die oben aufgeführten ungarischen statistischen Daten angezweifelt werden, so ist zu sagen, daß die heutigen tschechischen statistischen Daten nicht nur von den Minderheiten, sondern auch von dem tschechischen Universitätsprofessor Dr. Kábl als unrichtig erklärt werden. Auf die Differenz kommt es übrigens nicht an, da es sich um Gebiete handelt, die auch nach tschechischer Statistik rein ungarisch oder mehrheitlich ungarisch sind.

Kleine Rundschau.

Richard Zoozmann †.

Vor Vollendung seines 71. Lebensjahres verstarb auf seiner Festung in Herrenals im Schwarzwald an den Folgen einer Angina der Dichter Richard Zoozmann. Neben seinem reichen sonstigen Schaffen machte sich Zoozmann besonders auch als Dante-Übersetzer einen Namen.

Richard Zoozmann, am 13. März 1863 in Berlin als Sohn eines Kammergerichtssekretärs geboren, wurde Bankbeamter, dann Redakteur und schließlich freier Schriftsteller. Er war überaus produktiv, namentlich als Lyriker, Epiker und Dramatiker. Er ist dabei wesentlich Formtalent und hat so große Verdienste als Übersetzer von Dante, Calderon, dann aber auch von Coopers und Dicens Romanen sowie von zahlreichen fremdsprachigen Novellen. Weiterhin ist es ihm zu danken, daß er verschiedene deutsche Literaturgeschichte durch Volksausgaben einem weiteren Publikum bekannt gemacht hat. Wir erinnern bloß an Fastnachtsspielen, Narrenchronik (Eulenspiegel), Hans Sachs, Abraham und Santa Clara, Geiler von Kaisersberg, Hutten, Walther von der Vogelweide, Deutsche Minnelieder, religiöse und altchristliche Kirchenlieder. Nicht vergessen seien schließlich seine wohl populärsten Werke: Unsere Klassiker im Volksmund und Zoozmanns Bittentwurf der Weltliteratur.

Der internationale Wert der deutschen Sprache Ein rumänisches Gutachten.

Während in den polnischen Schulen auch nach dem neuen Schulgesetz der Unterricht in der deutschen Sprache sehr vernachlässigt, ja ganz ausgeschaltet wird, hat der Unterrichtsminister in Rumänien vor einiger Zeit eine Kommission beauftragt, zu prüfen, ob und wie weit deutscher Unterricht in den Mittelschulen zu empfehlen und durchzuführen sei. Der Bericht, den der Ausschuss erstattete, setzt sich entschieden für die Notwendigkeit der Erlernung der deutschen Sprache ein. Es heißt darin unter anderem:

„Wirtschaftlich haben wir enge Beziehungen zur deutschen Welt und den zwischen ihr und uns gelegenen Völkern. Offensichtlich ist es ein großer Vorteil für uns, wenn wir die deutsche Sprache kennen, die uns auch als Vermittlerin zu den geographisch zwischenliegenden Völkern dient. Es kann uns nicht erwünscht sein, wenn nur Angehörige der Minderheiten sich diesen Vorteil zunutze machen! Unsere volkspolitischen Belange erfordern gleichfalls Kenntnis der deutschen Sprache. Die Rolle, die das deutsche Volk kraft seiner Zahl, noch mehr aber kraft seiner Arbeit und Kultur in der Welt und vor allem in Mitteleuropa spielt, ist so groß, daß jeder, der die deutsche Sprache kennt, in jedem Falle im Vorteil ist: als Freund der Deutschen, denn er kann sich leichter mit ihnen verständigen; als Feind, denn er hat die Möglichkeit, sie besser zu kennen und zu verstehen. In kultureller Hinsicht ist die Kenntnis der deutschen Sprache ein Kulturwerkzeug von unübertrefflichem Wert.

Wir denken hier nicht nur an die im deutschen Schrifttum niedergelegten Schätze an Gedanken und Schönheit, sondern wir haben auch die einzig dastehende Quelle der Information und Vertiefung im Auge, die die deutsche Fachliteratur in jedem Tätigkeitszweig und auf jedem Gebiet darstellt. Kein Mann der Wissenschaft, kein Mann der praktischen Betätigung entgeht den bösen Folgen der Unkenntnis der deutschen Sprache. In der jungen Generation stellt die Unkenntnis der deutschen Sprache einen für uns höchst schmerzlichen kulturellen Rückschritt dar. Anstatt dieser Tatsache ist nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Notwendigkeit der Kenntnis der deutschen Sprache in jeder Hinsicht offenbar.

Die Erlernung der deutschen Sprache wird leichter in den Unterlassen vollbracht, wo es dem Entwicklungszustand der Schüler besser entspricht als in den Oberlassen. Da die Kenntnis der deutschen Sprache nicht nur nützlich, sondern notwendig ist, muß sie in den Lehrplan aufgenommen und mit so vielen Stunden bedacht werden, daß das aufgestellte Ziel erreicht werden kann und die darauf verwendeten Stunden nicht verlorene Zeit bleiben...“

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 20. Februar.

Wechselnde Bewölkung!

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung mit langsamem Nachlassen des Windes an.

Deutsche Bühne Bromberg.

„Da stimmt was nicht“
Schwank von Franz Arnold.

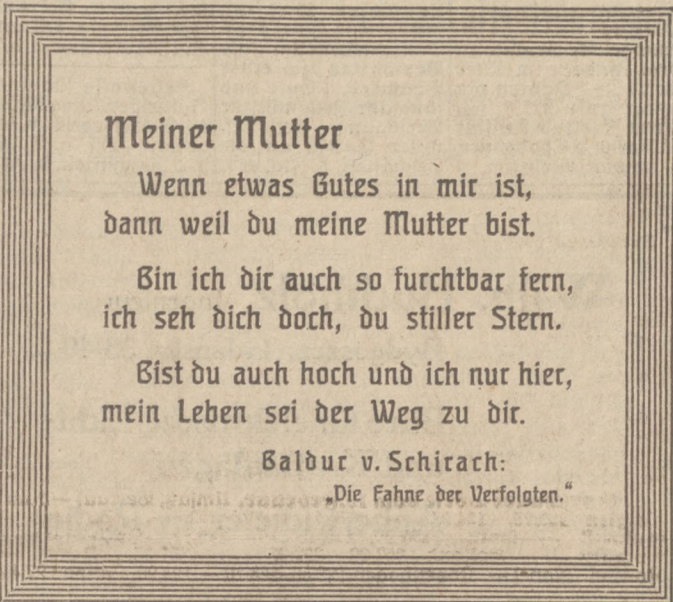
Theaterfachleute und Literaten mögen ruhig sagen: eine belanglose Sache... Sie sagen es. Warum auch nicht? Wenn es aber erfolgreiche Bühnenaufführungen gibt, dann kommt es nicht so sehr auf die kleine Gruppe der Intellektuellen an, sondern auf die große Zahl der sich zum Beifall regenden Hände. Aus dieser Erkenntnis hat die auf gegenseitiges Vertrauen aufgebaute Schwankfirma Arnold und Bach ihre größten Erfolge geschöpft. Diese reiche Erfahrung braucht jetzt der alleinige Inhaber Arnold, nach dem Ausscheiden seines literarischen und dramaturgischen Kompagnons, noch keineswegs aufzugeben. Mit Recht. Er braucht nur einmal eines der Theater aufzusuchen, in welchem sein Schwank „Da stimmt was nicht“ gespielt wird, und er kann sich wieder überzeugen, daß seine Stücke über jede Belanglosigkeit triumphieren. Die Gegenwart mit ihren mancherlei Schwächen liefert den Stoff — und zuletzt stimmt doch alles.

Also, der Erbprinz von Meersburg-Weiningen (dieses Vändchen ist nur auf der Landkarte des Herzens zu suchen) findet, daß etwas nicht stimmt, weil der Generaldirektor Winkler und seine Tochter seinen Lebensweg kreuzen. Und wenn alles verstimmt scheint, dann kommt Arnold, der große Kenner der Bühnenschicksale, und stimmt alles wieder ab zum harmonischen Klang. Diesmal aber gibt es einen originalen, wirklich originalen Abschluß des Schwanks — und damit finden drei heitere Stunden voller Humor und erprobtem Lebens- und Bühnenwitz ihr Ende.

Eine Sache für Darsteller. Sie hatten die Tachenden auf ihrer Seite und damit den Erfolg. Da ist Dr. Tibe, der Erbprinz. Man wundert sich über seine Vielseitigkeit, denn nur drei Abende vorher hat er den Bauern Biermann in „Menschen, aus Erde gemacht“ bis zum Letzten erschöpft. Dinge, die „ihm liegen“ — und andere, die er meistert. Da ist Walthar Schura in der Person des Generaldirektors, der das „große Ding drehen“ will, in Höhe und Länge kommt und schließlich als Sieger hervorgeht. Aus der Situation zieht Schura seine besten Momente und wird vom Publikum durch anhaltendes Lachen unterstützt. Die beiden Damen, Anita Grabowski und Ada Williams, die eine als Tochter, die andere als Erbrant, sind von Arnold erbaute Gegenstücke und spielen diese weiblichen Antikoden mit weiblicher Weichherzigkeit oder mit Selbstbewußtsein. Neu für uns ist Erich Uthke als Geheimrat, denn seine letzten Darstellungen als Knecht in den Bauernkomödien schienen seine großen Spezialitäten zu sein. Aber er gewinnt Sicherheit auch in der Umgebung eines höheren Standes. Dann Curt v. Zawadzky, Jutta v. Zawadzky (als reizende Nanette), Herbert Samulowicz, Soppel Kocikowski, Georg Kominski und Gerhard Schreiber, die zusammen in diesem Schwank zu einem gut abgestimmten Ensemble spielen beitragen.

Der Schluß des Schwanks gehörte dem Publikum, das einen herzlichen Beifall für heitere Stunden sollte. A. S.

§ Auf der Geflügelausstellung, die, wie wir berichteten, im Wichertischen Saale stattfand, wurde gestern das Ergebnis der Prämierung bekanntgegeben. Frau Santsitätsrat Dieck erhielt in Anerkennung ihrer Züchterfolge (amerik. weiße Begehorns und Gänse) von der Pommerellischen Landwirtschaftskammer das Diplom zur silbernen Medaille. Ebenso erhielt Herr Grebel für gezüchtete Hühner einen Ehrenpreis. Ausgezeichnet wurden noch folgende Züchter: Züchterei-Gesellschaft Leszno (für Hamburger Silberhühner) einen Geldpreis, Frau Zachorjka aus Ohzemska bei Rafel für Plymouthrock ein Belobigungsschreiben der Pommerell. Landwirtschaftskammer, Herr D. Mittelstaedt einen Ehrenpreis für Plymouthrock, R. Obermayer für weiße amerik. Begehorns ein Diplom, B. Guth für schwarze Minorken ein Diplom, B. Grauwander für gelbe Dringtons ein Diplom, B. Schulz für Karmazine einen Geldpreis, E. Surma für schwarze Minorken einen Geldpreis, F. Zemke für Plymouthrock einen Geldpreis. — Die Preise für Brieftauben wurden wie folgt verteilt: J. Tractowski Wertpreis, Sektion S. G. P. Diplom zur goldenen Medaille, M. Cichon Diplom zur silbernen Medaille, B. Surma Belobigungsschreiben der Pommerell. Landwirtschaftskammer, Jankowski Diplom. Für Rastetauben werden an folgende Züchter Preise verteilt: E. von Saw Ehrenpreis, B. Schulz Ehrenpreis, B. Libelta Belobigungsschreiben. Diplome erhielten: Züchterei-Gesellschaft Leszno, E. Arnstadt, W. Dremka, A. Pajak, F. Szeliski. Dem Besitzer des Pfanes, P. Grochowski aus Goncezewo hiesigen Kreises, wurde gleichfalls ein Diplom zuerkannt. Das Fordoner Geflügel erhielt für die in der Anstalt aus Angoramolle hergestellten Erzeugnisse (Handschuhe, Sweater usw.) einen Ehrenpreis zuerkannt. Von den Kaninchenzüchtern erhielten: St. Janzak einen Ehrenpreis und das Diplom zur bronzenen Medaille, E. Jaworski Ehrenpreis, Gaedike Diplom, W. Stomski Ehrenpreis, F. Jaworski und P. Brzus Geldpreise, Pomm. Züchterei-Gesellschaft Leszno ein Belobigungsschreiben der Pomm. Landwirtschaftskammer, E. Grebel wurde ein Ehrenpreis zuerkannt. — Den Schiedsaussschuß bildeten die Herren Professor M. Trybulski vom Zentralkomitee aus Warschau und E. Becker aus Bromberg.



Meiner Mutter

Wenn etwas Gutes in mir ist,
dann weil du meine Mutter bist.

Bin ich dir auch so furchtbar fern,
ich seh dich doch, du stiller Stern.

Bist du auch hoch und ich nur hier,
mein Leben sei der Weg zu dir.

Baldur v. Schirach:
„Die Fahne der Verfolgten.“

§ Ein Holz sammelnder Arbeitsloser angeklagt. Am Montag hatte sich der 31-jährige arbeitslose Tischlergeselle Michael Ostler, Heidestraße (Stepowa) 13 nach dem Brendenhoffer Wald begeben, um etwas Holz zu sammeln. Als er damit beschäftigt war, fiel plötzlich ein Schuß. Die Schrotladung drang D. in die Beine. Ein Förster, der den Holzammelnden Mann angetroffen hatte, hatte den Schuß abgegeben. In besinnungslosem Zustande wurde der Verletzte in das Städtische Krankenhaus eingeliefert, wo man feststellte, daß das Knie des rechten Beines total zerschmettert war. Die Verletzung erwies sich als so schwer, daß das Bein oberhalb des Knies amputiert werden mußte. Eine Untersuchung ist eingeleitet. — Man muß sich fragen, ob in diesem Falle ein zwingender Grund für den Gebrauch der Waffe von seiten des Försters überhaupt vorgelegen hat.

§ Wegen jahrlässiger Brandstiftung hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 39-jährige Landwirt Wojciech Byczynski aus Chomietowo, Kreis Bromberg, zu verantworten. Am 13. September v. J. war der Angeklagte mit einer brennenden Laterne in seinen Stall gegangen, um die Nacht bei seinem erkrankten Pferde zuzubringen. B. stellte die Laterne auf eine Futterkiste, machte es sich dann auf einem Strohlager bequem und schlief ein. Nach einiger Zeit wachte er plötzlich auf und stellte zu seinem Schrecken fest, daß in dem Stall Feuer ausgebrochen war. Durch den Brand wurden der Stall und die Scheune vernichtet. Vor Gericht bekennt sich der Angeklagte nicht zur Schuld. Die brennende Laterne müsse wahrscheinlich infolge einer unruhigen Bewegung des Pferdes von der Futterkiste geworfen worden sein, wodurch das Feuer entstanden sei. Der Angeklagte gibt noch an, daß er nur mit einer geringen Summe versichert gewesen war und durch das Feuer großen Schaden erlitten habe. Nach Vernehmung einer Reihe von Zeugen, die Belastendes über den Angeklagten nicht aussagen können, verurteilte das Gericht diesen zu vier Monaten Arrest.

§ Ein Überfall wurde am Sonnabend nachmittag in dem Walde von Stryszek verübt. Dortbin hatte sich zum Besuch von Verwandten die in Bromberg wohnhafte Frau Marja Bereska begeben. Unterwegs wurde sie von einem Manne überfallen, der sie zu würgen begann. Die Frau wehrte sich auf das Bestmögliche und konnte sich freimachen. Darauf entriß ihr der Bandit die Handtasche und verschwand damit im Walde. In der Tasche befanden sich einige Ausweispapiere und etliche Zloty.

§ Zu der Verhaftung der beiden Einbrecher auf dem hiesigen Bahnhof, über die wir gestern berichteten, wird jetzt mitgeteilt, daß der eine der Festgenommenen, den man als Leonhard Zaleski ermittelt zu haben glaubte, falsche Papiere bei sich trug. Man konfrontierte den Verhafteten mit einigen Insassen des Croner Gefängnisses, die alle übereinstimmend ausgaben, daß es sich um einen Kriminellen Drzjanjanski handelt. D. ist einmal zu zwei Jahren und ein andermal zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Im September vorigen Jahres gelang es ihm, aus dem Croner Gefängnis zu entfliehen. Er hat unterdessen eine ganze Reihe von Einbrüchen verübt.

§ Plötzlicher Tod. Am Montag nachmittag brach auf der Kujawierstraße der 70-jährige Franz Hübnner plötzlich zusammen. Vorübergehende Personen nahmen sich des ohnmächtig gewordenen Mannes an. Bevor jedoch ärztliche Hilfe und die Rettungsbereitschaft zur Stelle war, hatte H. seinen Geist aufgegeben. Ein Herzschlag hat seinem Leben ein Ende bereitet.

Liquidierung des Bürgergerichts Strelno?

ss Strelno, 20. Februar. Im Oktober v. J. jag das hiesige Bürgergericht in das ehemalige Mittelschulgebäude, das umgebaut und gründlich renoviert worden war. Der Stadt waren dadurch Unkosten von 14 000 Zloty entstanden. Jetzt erteilte die hiesige Bevölkerung die Nachricht, daß die höheren Gerichtsbehörden dem Magistrat unserer Stadt den Vorschlag gemacht haben, auf den jährlichen Mietzins des jetzigen Gerichtsgebäudes in Höhe von 4 000 Zloty zu verzichten, anderenfalls die Liquidation des Bürgergerichts in nächster Zeit und zwar zum 1. April d. J. erfolgen würde. Demnach wären jene 14 000 Zloty, die für andere Zwecke hätten angewandt werden können, völlig unnötig verwandt. Eine etwaige Liquidation des Bürgergerichts würde außerdem zur Folge haben, daß zwei Richter, zwei Anwälte, ein Notar, ein Gerichtsvollzieher und sechs Gerichtsbeamtenfamilien einschließlich Gefängnisaufseher die Stadt verlassen müßten, was sich natürlich bei den Steuern und vor allem bei den Kaufleuten bemerkbar machen würde.

In diesen Tagen hatte sich eine Delegation mit dem Bürgermeister Radomski an der Spitze zum Bezirksgerichtspräsidenten nach Bromberg begeben und ist scheinbar unverrichteter Sache zurückgekehrt. Nunmehr werden die Stadtväter in einer Stadtvorordnetenversammlung irgendeine Entscheidung in dieser Angelegenheit treffen müssen.

i Rafel, 19. Februar. Dem Jan Wrozcza wurde das Fahrrad gestohlen, als er es unbeaufsichtigt vor einem Geschäft stehen ließ. — Die vor einigen Tagen aus dem Baden der Firma Malczewski gestohlenen Fahrräder wurden in den Sträuchern des Stadtparks aufgefunden. Ebenfalls fand man an der Stelle eine Mütze und einen Schal der geflüchteten Diebe.

§ Posen, 19. Februar. Ein schwerer Unglücksfall trug sich gestern an der Ecke der fr. Großen Berlinerstraße und der fr. Hedwigstraße zu, indem der Motorradfahrer Bronislaw Napierala aus Krzyzownik von einem Personentransportwagen von hinten überfahren und sein Begleiter im Sozialist Sibital lebensgefährlich verletzt wurde, so daß er ins Stadtfrankenhaus geschafft werden mußte. Napierala kam mit weniger schweren Verletzungen davon.

Im Hausflur des Hauses St. Martinstraße 29 wurde gestern vormittag das obdachlose Dienstmädchen Elisabeth Bohl besinnungslos aufgefunden, das offenbar aus Verzweiflung über seine Stillschließigkeit einen Selbstmordversuch durch Einnahme von Jod verübt hatte. Es wurde gleichfalls ins Stadtfrankenhaus geschafft.

Ein noch glücklich verlaufener Unfall trug sich gestern in der fr. Glogauerstraße zu, indem der Chauffeur einer Kraftwagentaxe, um einen vor seinem Wagen gestürzten Radfahrer Anton Rynowicki nicht zu überfahren, die Autotaxe mit einem jähen Ruck zur Seite riß und gegen einen Pfahl der Straßenbahn fuhr, so daß die Taxe schwer beschädigt wurde. — In der fr. Liebigstraße stehen die schon gewordenen Pferde eines Reklamewagens der Firma Kalamajski so heftig gegen eine Kraftwagentaxe, daß diese stark beschädigt wurde.

In dem Zeitraum der beiden letzten Tage verzeichnet der Polizeibericht nicht weniger als 55 Diebstähle, bei denen der Wert der gestohlenen Sachen usw. auf rund 4 000 Zloty angegeben wird.

§ Posen, 19. Februar. Auf dem Hauptbahnhof traf, aus Krakau kommend, der Obdachlose Marjan Dolega ein und wurde, da er die Reise als blinder Passagier gemacht hatte, von einem Polizeibeamten festgenommen und dem Polizeigewahrsam zugeführt. — Als Einbrecher festgenommen wurden: Viktor Majchrzak, Fischerei 3, Tadeusz Nowak, Fischerei 30, Kazimir Szabert, Fischerei 4/6 und Josef Czajka, Halbdorfstraße 22. — Endlich wurde noch der Halbdorfstraße 13 wohnhafte Erich Zimny wegen Hehlerei festgenommen.

Einbrecher stahlen aus der Wohnung einer Frau Wanda Cubig, Fischerei 11, Kleidungsstücke im Werte von 1 000 Zloty.

Seit dem 14. d. M. ist der 24-jährige Telesfor Gumbla aus dem Elternhause Posenerstraße 24 spurlos verschwunden.

Die städtischen Arbeiter Johann Janda, Josef Maury und Johann Nowak wurden in der Judenstraße von mehreren Strolchen überfallen und verprügelt.

ss Znin, 19. Februar. Bei dem auf der Linie Znin-Bromberg verkehrenden Autobus löste sich hinter Znin ein Hinterrad, so daß der Wagen infolge der Geschwindigkeit auf die Auffahrt an der Chauffee geriet und stehen blieb, ohne daß jemand zu Schaden kam.

* Wirsis (Wyrzysk), 19. Februar. Ein Einbruchsdiebstahl wurde bei dem Oberinspektor Martini des Rittergutes Soszowo verübt. Die Einbrecher drangen durch ein offenes stehendes schmales Fenster in den Vorflur ein und nahmen von dort Kleidungsstücke im Werte von einigen Hundert Zloty. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 20. Februar 1934.

Krakau — 2,46, Zawischost + 1,48, Warschau + 1,32, Biocł + 1,62, Thorn + 0,96, Fordon + —, Culm + 0,94, Graudenz + 1,28, Kurzebrat + —, Bielek + —, Dirschau — —, Etlaoe + —, Schiemenhorst + —.

Chef-Redakteur: Gotthold Stark; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Krufe; für Handel und Wirtschaft: Arno Strofe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heyke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Praygodak; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten, einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 41.

Pommerellen.

20. Februar.

Der Sitz von Sozialversicherungsanstalten

in Pommerellen ist, um deren Wirksamkeit sowie Benutzung durch das Publikum zu erleichtern, einstweilig einer Änderung unterzogen worden.

Grudenz (Grudziadz)

Ein Besuch des Wojewoden in Grudenz. Sonnabend 16.30 Uhr traf Wojewode Kirtkalis mit Gemahlin aus Thorn per Auto in Grudenz ein und begab sich zu der Wohnung des Stadtpräsidenten Wodek.

Ein sehr erfreuliches Bild bot die Sonntagnachmittag-Theatervorstellung unserer Deutschen Bühne. War doch das Publikum in solch starker Zahl herbeigeströmt, daß Parterre und Logen dicke Füllungen aufwiesen.

Eine Delegierten-Versammlung des Pommerellischen Hausbesitzer-Verbandes fand am Sonntag, vormittags 11 Uhr, im Hotel Keller statt.

Submission. Die Quartiermeisterei des 18. Manenregiments will ankaufen: 130 000 Kilogramm Heu, 40 000 Portionen Kaffeekonerven, 1500 Kilogramm Haferrübe, 1500 Kilogramm Gerstengraupe, 2000 Kilogramm Erbsen, 3000 Kilogramm Wruken, 1000 Kilogramm Speiserüben, 1200 Kilogramm Sauekohl, 1500 Kilogramm 65prozentiges Weizenmehl, 800 Kilogramm Zwiebeln, 50 Kilogramm Dörrgemüse, 18 Kilogramm Pfeffer und 200 Liter 4prozentigen Essig.

Seinen schweren inneren Verletzungen erlegen ist im Krankenhaus der Bäcker aus der Unterthornerstraße, der, wie wir gemeldet haben, in selbstmörderischer Absicht eine erhebliche Menge Essigessenz zu sich genommen hatte.

Eine Schlägerei entstand Sonntag abend in der Lindenstraße (Lipowa). Dort waren aus irgendwelcher Ursache einige, anscheinend angegriffene Männer sich in die Haare geraten.

Abfälliger Frevel. Vier von den die Lindenstraße (Lipowa), neben dem Übungssplatz, schmückenden Lindenbäumchen sind nachts abgebrochen und gestohlen worden.

Diebespuch. In der Nacht zum Sonnabend bemerkte ein Polizeibeamter auf dem Tischerdamm einige Männer, die mit Säcken schwer beladen, in großer Eile dahinschritten.

Inhalt der Säcke fragte, warfen die Leute ihre Last zu Boden und liefen davon. Bei der Durchsicht der Säcke ergab es sich, daß sie Felle enthielten, die aus dem bei dem Kaufmann Krüger, Pohlmannstraße (Mickiewiczza), verübten nächtlichen Einbruch herrührten.

Thorn (Toruń)

Eine keineswegs freudige Ueberraschung

Hat das Finanzamt (Urząd Skarbowy) den Besitzern von unbebauten Plätzen (Bauplätzen) mit der Zustellung der diesjährigen Zahlungsgebühren für deren Besteuerung bereitet. Die Steuerquoten sollen nämlich durchweg bedeutend höhere sein als es im Vorjahre der Fall war.

Der Wasserstand der Weichsel geht weiterhin erheblich zurück. Er betrug am Thorer Pegel Sonntag früh 1,40 Meter und Montag früh 1,13 Meter über Normal.

Anlässlich des 461. Geburtstages des Astronomen und Dombherrn Nicolaus Copernicus, Thorns größtem Sohne, fand am 19. Februar die traditionelle Illumination seines Denkmals vor der Turmecke des Rathauses statt.

Achtung, Fleischermeister! In Nr. 29 der Deutschen Rundschau vom 7. Februar haben wir bekannt, daß die Gesundheitspolizei alle Fleischermeister aufgefordert habe, ihre unvorschriftsmäßigen Läden umzubauen oder langsam zu liquidieren.

Wieder 5 Knaben auf dem Treibeis der Weichsel. Wie jetzt erst bekannt wird, gerieten am Donnerstag vergangener Woche fünf zwischen der Eisenbahnbrücke und der neuen Wegebücke auf dem zum Stehen gekommenen Treibeis der Weichsel spielende Knaben dadurch, daß sich das Treibeis plötzlich in Bewegung setzte, in Lebensgefahr.

Unter dem Verdacht der Diebstahle wurde eine Person verhaftet und der Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht zugeführt. Eine bzw. zwei weitere Personen wurden wegen Veranstellung unerlaubten Glücksspiels bzw. wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn ins Bürgergericht eingeliefert.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Wie nicht anders zu erwarten, ist die Nachfrage nach Plätzen zum 1. Austausch-Gastspiel der Deutschen Bühne Bromberg („Rach um Jolanthe“, Bauernkomödie von Aug. Hinrichs) am Sonnabend, 24. Februar, 8 Uhr, im Deutschen Heim, sehr lebhaft.

Achtung Arbeitgeber!

In Anbetracht der irrigen Auffassung, daß das neue Sozialversicherungsgesetz die Rechtsvorschriften über das Wirken des Arbeitslosenfonds abändere, gibt die für den Bereich der Wojewodschaft Pommerellen zuständige Bezirksverwaltung des Arbeitslosenfonds in Thorn bekannt, daß das Gesetz vom 28. März 1933 über die Sozialversicherung (D. U. N. P. Nr. 51/33, Pos. 396), welches mit dem 1. Januar 1934 in Kraft trat, nicht die Versicherung der Arbeiter (physischen Arbeiter) für den Fall der Arbeitslosigkeit umfaßt, weswegen die auf die Gesetzesvorschriften vom 18. Juli 1924 über die Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit gestützte Tätigkeit des Arbeitslosenfonds im Einklang mit der erfolgten Bekanntmachung vom 24. Juni 1924 (D. U. N. P. Nr. 58/32, Pos. 555) keiner Abänderung unterliegt und weiterhin anfäh.

Im Zusammenhang hiermit müssen die Versicherungsgebühren für den Arbeitslosenfonds, die 2 Prozent von den den Arbeitern jedesmalig ausgezahlten Lohnbeträgen ausmachen, berechnet werden. Die Gebühren für die der Versicherungspflicht unterliegenden Saisonarbeiter betragen 4 Prozent von den den Arbeitern jedesmalig ausgezahlten Lohnbeträgen.

ch. Berent (Koscierzyna), 19. Februar. Beim Kaufmann Dranski in Berent verlangte ein Unbekannter unter Vorweisung eines Briefes die Aushändigung von Waren im Werte von 38 Zloty für eine Klara Treder aus Grabau.

In der letzten Sitzung des Vereins selbständiger Kaufleute wurde eine Delegation gewählt, die bei der Stadtverwaltung um Ermäßigung der neu eingeführten Schilde der Steuer vorstellig werden soll.

ef. Briesen (Wabrzezo), 19. Februar. Unbekannte Täter drangen in den Keller des P. Falkowski in der Bahnhofstraße ein und stahlen ca. 12 Zentner Kohlen. Die Diebe statteten dem Schweinefahl des Landwirts P. Cielica in Rheinberg einen unerwünschten Besuch ab und ließen ein zwei Zentner schweres Mastschwein und 60 Hühner mitgehen.

ch. Karthaus (Kartuszy), 19. Februar. Das Kreiswegbauamt hat die Steine- und Kieslieferung zur Ansbesserung von Teilstrecken der Chausseen Danzig-Kartaus-Sierakowicz, Skorzewo-Stendisz-Klukowahuta und Przdokowo-Pomiczyno ausgeschrieben.

Das Diamantene Ehejubiläum beging dieser Tage der 87jährige Franz Bela mit seiner 84jährigen Ehefrau Mathilde, geb. Gilmmeister, in Zawory.

tz Konig (Chojnice), 19. Februar. Am Sonntag nachmittags um 5 Uhr fand im Borromäusstift eine Papstfeier statt. Der Kirchenchor leitete die Feier durch ein Lied ein, dann folgten verschiedene Deklamationen und Dombherr Makowski hielt eine Ansprache.

Bei einer Revision fand der Förster Schulz bei Paul Leszczynski aus Konig zwei Meter Holz, die aus der Försterei Lukomie verschwunden waren.

Grudenz.



Pianos

direkt aus der Fabrik liefert zu billigsten Preisen in bester Qualität

die größte und leistungsfähigste Piano-Fabrik B. Sommerfeld

Bydgoszcz, ul. Sniadecich 2 1086 Filiale: Poznań, ul. 27. Grudnia 15.

Lehrerin m. langjähr. Braz. erteilt Nachhilfestunden in Polnisch für alle 8 Klassen. Sieniecta, 1909 Rosciulzti 19, Wohn. 15.

Evangel., zuverlässiges Mädchen

mit guten Zeugnissen u. Kochkenntnis geücht. Nur persönl. Vorstellung. Frau C. Ariedte, Grudziadz, Mickiewiczza 10. 1908.

Thorn.

Hebamme

erteilt Rat, nimmt Beckel, entgegen. Distret zugehört. Friedrich. Toruń, sw. Jakóba 5. 844

Felle

von Hasen, Altkissen, Fiegen, Häber u. alle anderen kauft Lederhandlung Anthe & Rittler Nachf. Toruń, Zealansta 21. 147 Kaufe Gold und Silber Hofmann, Goldschmiedemeister, Wielary 12. 7921

Deutsche Bühne in Toruń z. z.

Das Gastspiel der Deutschen Bühne Bydgoszcz z. z. ist um eine Woche verschoben worden.

Einmaliges Gastspiel der Deutschen Bühne Bydgoszcz z. z. „Rach um Jolanthe“

Bauernkomödie in 3 Akten von August Hinrichs. Eintrittskarten bei Justus Wallis, Szeroka 34. Die Stammplätze werden nur bis Mittwoch einschließlich freigehalten. 1933

Beim illegalen Grenzübertritt wurde ein Mann aus Brzeżno von der Grenzpolizei festgenommen.

Ein Hausbesitzer aus Konitz wurde von einem seiner Mieter wegen Holzdiebstahls angezeigt, weil er sich von ihm für rückständige Mieten Holz hatte geben lassen. Das Gericht sprach den Hausbesitzer frei und der Mieter steht einer gerichtlichen Strafe wegen falscher Beschuldigung entgegen.

Bei einem der letzten Fastnachtsvergnügen waren zwei Personen beim Taschendiebstahl abgefaßt und verhaftet worden. Bei der weiteren Untersuchung stellte die Polizei fest, daß der eine, der Fleischerlehrling Gappa, seinen Lehrherrn Skwinski systematisch bestohlen hatte.

Am Sonnabend abend kam es in Baycen zwischen mehreren jungen Leuten zu einer Schlägerei, nach der die Beteiligten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Die Landwirte Warmke und Neke stellten den Diebstahl größerer Mengen Roggen aus ihren Scheunen fest.

Estonischer Besuch in Polen.

Bereits vor Weihnachten sind der Revaler und der Dorpater Estnisch-Polnische Verein vom Vorsitzenden des Hauptrates der polnisch-estnischen Vereine Minister Guwicki aufgefordert worden, im Februar dieses Jahres Polen zu besuchen. Diese Fahrt ist als Gegenbesuch auf den im vorigen Herbst erfolgten Besuch der polnisch-estnischen Vereine und des Schutzbundes der polnischen Ostmarken in Estland zu betrachten. Es wurde vereinbart, daß der Besuch anlässlich der Jahresfeier Estlands stattfinden werde (vom 18. bis zum 24. Februar). Diese sechstägige Frist ist auf ausdrücklichen Wunsch der polnisch-estnischen Vereine angelegt worden, da sie es nicht für möglich halten, in einer kürzeren Zeit die estländischen Gäste mit ihrer Hauptstadt und ihrem Lande bekanntzumachen.

Der Präsident der estnischen Staatsversammlung Karl Einbund, der gleichzeitig Vorsitzender des Estnisch-Polnischen Vereins ist, will bei seiner Fahrt nach Polen die Gelegenheit benutzen, um den Marschall des polnischen Senats zu besuchen, der vor ca. zwei Jahren in Estland geweilt hat.

An der Fahrt nach Polen nehmen außer dem Präsidenten der Staatsversammlung noch achtzehn Personen teil, darunter der Vorsitzende des Staatsgerichts Parks, der Justiz- und Innenminister Müller, der Generalsekretär der Staatsversammlung Addison, Staatsrichter Peter Rann, Sanitätsgeneral Vohmann, der ehemalige Minister Kister, der polnische Konsul in Dorpat Johann Sepp, der Direktor der EA und Vorsitzende des Journalistenverbandes Kornel, der Direktor der Handels- und Industriekammer Hurt, Redakteur Tallaia vom „Pamięt“, Redakteur Wellner vom „Waba Naa“ u. a. m.

Am ersten Tage ihres Aufenthaltes in Warschau — am 19. Februar — trafen die estländischen Gäste eine Reihe von Besuchen ab und legten einen Kranz am Grabe des Unbekannten Soldaten nieder. Um 2 Uhr nachmittags wurde vom polnischen Sozialminister Guwicki zu Ehren der estnischen Abordnung ein Frühstück gegeben. Am nächsten Tage sind ein Besuch beim Warschauer Stadtpräsidenten, ein Diner, das vom Marschall des Senats und dem Marschall des Sejms gegeben wird, sowie am Abend — die Abreise nach Krakau in Aussicht genommen. Den 21. und 22. Februar werden die estländischen Gäste — der „Revaler Zeitung“ zufolge — in Krakau zubringen, wobei sie die Sechenswürdigkeiten der Stadt in Augenschein nehmen und eine Ausfahrt nach der Salzgrube von Wieliczka machen werden. Am 23. Februar sind die Vertreter Estlands Gäste des polnischen Staatspräsidenten auf seinem Schloß bei Zakopane, während am 24. Februar nach der Rückkehr nach Warschau ein Frühstück bei Außenminister Beda, ein Empfang in der Estländischen Gesandtschaft und ein Festakt anlässlich der estländischen Jahresfeier vorgesehen sind.

Munitionslager hier und dort.

Das polnische Amtsblatt „Dziennik Wstam“ Nr. 59 1933, veröffentlicht eine interessante Tabelle, betr. Vorschriften über Anlage von Munitionsmagazinen in Polen. Hierdurch werden für die Anlage von Munitionsdépôts jeweils ganz bestimmte Entfernungen von einzelnen Wohnhäusern, Eisenbahnen, geschlossenen Siedlungen bis 500 Einwohnern, geschlossenen Siedlungen von mehr als 500 Einwohnern, Fabriken, Krankenhäusern, Schulen, Kirchen usw. festgelegt, unter Berücksichtigung derjenigen Mengen und Munitionstypen, die für die einzelnen Lager höchstens in Frage kommen.

Wie dazu aus Danzig berichtet wird, ist für Danzig die Bestimmung insofern von Interesse, als sich bekanntlich auf der Westerplatte auch polnische Munitionslager befinden. Legt man die in Polen geltenden Bestimmungen zugrunde, sowie die Tatsache, daß nach den Entscheidungen der Völkerbundinstanzen unter Umständen auch Mengen über 200 Tonnen zur Einlagerung auf der Westerplatte in Frage kommen können, so müßten die Munitionslager sich 400 Meter von einzelnen Wohnhäusern, 800 Meter von Eisenbahnen und Wasserstraßen mit Personenverkehr, 1250 Meter von Siedlungen mit einer Bevölkerung bis 500 Einwohnern, 2500 Meter von Siedlungen mit mehr als 500 Einwohnern und 4000 Meter von Fabriken, Krankenhäusern, Kirchen usw. befinden. Leider müßte festgestellt werden, daß die in Frage kommenden Entfernungen bei der Westerplatte in keiner Weise eingehalten sind.

Cheftisches Urteil eines russischen Offiziers

über den Wert und die Stimmung der Fernost-Armee.

Der Prager „Bote des bauerlichen Rußlands“ veröffentlicht einen Brief, den das Blatt von einem Offizier des Moskauer Militärbezirks erhalten hat, und bei dem es sich nicht um eine Mystifikation handeln dürfte, da der „Bote“ über gute Verbindungen nach Sowjetrußland verfügt. Nach den Reden Woroschilows und Blüchers auf dem Moskauer Parteitag über die Kampfbereitschaft der Armee des Fernen Ostens sollte auch das cheftische Urteil dieses Offiziers der Roten Armee zur Kenntnis genommen werden:

„Ich bin zwar nicht dabei gewesen, als die Armee des letzten Jaren die Japaner „mit den Mühen zudeckte“, da meine Eltern damals meine Geburt noch nicht erwarteten; doch glaube ich, an Hand der Literatur über den russisch-japanischen Krieg, die mir zugänglich gewesen ist, folgende Analogie feststellen zu können: die Mühen und Heiligen-

bilder, die der zaristischen Armee zum Siege verhelfen sollten, wollen wir durch Propaganda und rote Banner ersetzen. Überlegt man es sich recht, so ist der Meerrettich nicht süßer als der Rettich“. Daß Blücher sich befestigt hat und für die Verpflegung und Versorgung der Armee des Fernen Ostens manches gesehen ist, läßt sich nicht leugnen. Doch wie ist es um die Stimmung der Truppen bestellt? Die zahlreichen Verhaftungen in der Armee sind sehr bedenklich. Es heißt, daß man die unzuverlässigen Elemente und diejenigen Leute herausficht, die es sich erlauben, an den herrschenden Zuständen Kritik zu üben. Noch haben es nicht alle gelernt, zu schweigen, wenn ihnen etwas mißfällt. Diejenigen, die schwachen, fängt man weg; doch die Schwächer sind nicht gefährlich. Unheimlich sind die Schweiger, die ihre Zunge in der Gewalt haben. Wenn diese einmal reden, wird es den Machthabern schlimm ergehen. Im allgemeinen ist weder auf die Armee, noch auf die Bevölkerung, noch auf den gewöhnlichen Parteimann ein Verlaß. Über den Krieg wird viel geredet; doch wird der Kreml sein Möglichstes tun, zu verhindern, daß die Kriegspartei — eine solche gibt es auch — erstarft. Denn der Kreml weiß sehr wohl, welche Folgen es für ihn haben könnte, wenn die Stimme der kommunistischen Partei durch das Knattern der Maschinengewehre und den Donner der Geschütze übertönt werden sollte. Die Sowjetregierung wird bis zum Äußersten nachgeben, um einen Krieg zu vermeiden. Sollte es trotz ihrer Nachgiebigkeit zum Kriege kommen, so wird sich erweisen, ob die Regierung und das Land für diese Prüfung gerüstet sind.

Neuer Sinn der Wissenschaft.

Entschliebung der preussischen Hochschulrektoren.

Aus Anlaß einer Rektorenkonferenz in Berlin haben die Rektoren der preussischen Hochschulen folgende Entschliebung gefaßt:

„Die unterzeichneten Rektoren deutscher Hochschulen, die kürzlich in Berlin zusammentrafen, sind tief durchdrungen von der Notwendigkeit der innern Erneuerung der Wissenschaft und der Universität aus der Idee des Nationalsozialismus, wie sie gelebt und verwirklicht wird durch den Führer des deutschen Volkes.

Der Nationalsozialismus ist die einzige lebendige und schöpferische Macht, die die Wissenschaft und die deutsche Universität befreit aus der rein spezialistischen, theoretischen und sachlichen Zerplitterung und sie hinführt zu den tieferen Lebens- und Schicksalsfragen des deutschen Volkes.

Die scharfe Kritik an der gegenwärtigen Universität bedeutet nicht Ablehnung, sondern sie entpringt aus der radikalen Forderung nach einem neuen Sinn der Wissenschaft und der Universität, wie er in der ganzen deutschen Geschichte noch niemals erfaßt und verwirklicht worden ist.

Aus dieser Überzeugung und in dem täglichen Ringen um diese gewaltigen Aufgaben geben die unterzeichneten Rektoren ihrer tiefen Dankbarkeit Ausdruck, in dem Herrn Kultusminister Rust einen Führer zu finden, der im Geiste Adolf Hitlers mit fester Hand und klaren Direktiven den totalen nationalsozialistischen Neuaufbau der Wissenschaft und der preussischen Universitäten leitet, einen Neuaufbau, der um seiner organischen Gesetzmäßigkeit willen weit über die Grenzen Preußens hinaus bedeutungsvoll ist.

Mit neuen Impulsen und unerschütterlicher Zuversicht kehren die unterzeichneten Rektoren zu ihrer Arbeit zurück. So ist es ihnen eine innere Verpflichtung, ihre Dankbarkeit und Versicherung treuer Gefolgschaft zum Ausdruck zu bringen.“

Halbentkreuzflagge bei der Reichsmarine.

Der Reichsmehrminister hat angeordnet, daß auch die Dienstfahrzeuge der Reichsmarine, die die Reichsdienstflagge führen, am Bug und zwar am Göschtsch, die Halbentkreuzflagge zu sehen haben, wie dies durch die Verordnung des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Reichsverkehrsministers vom 20. Dezember 1933 schon für die

Ram rad, weißt du noch?

Blütenlese aus meinen Feldpostbriefen von Walther Rösslein, verlegt von W. A. Kafemann G. m. b. H., Danzig. Preis: geb. 5,10 Ptoth, brosch. 3,35 Ptoth.

Mit diesem einzigartigen Buch hat es seine besondere Bewandnis. Wir sagen einzigartig, wenn gleich es ein regelrechtes Kriegsbuch ist, und an dieser Gattung des deutschen Schrifttums herrscht offensichtlich kein Mangel. Man darf sogar behaupten, daß die Kriegsbücher Jahre hindurch so stark gefragt wurden, daß sie jetzt schon ebenso stark aus der Mode gekommen sind. Und da erscheint dieses schlichte Buch in unserer nächsten Nachbarschaft als ein etwas verspäteter Nachkommeling und hält uns mit der nicht gerade außergewöhnlichen Frage auf „Ram rad, weißt du noch?“ Soll das etwa einzigartig sein?

Jawohl, Kamerad, es stimmt. Stellt euch einmal einen Sonnenuntergang vor, mit einem glutroten Sonnenball, wie man ihn hier und da noch auf einem Odruck in einem Hotelzimmer sehen kann, oder wie wir ihn manchmal auch in der Natur ganz wirklich erleben. Alles Erinnern steigert sich zu höchstem Pathos. Die Jünglinge haben ihren Weltsehmerz, und die Kriegsdichter sehen die vier apokalyptischen Reiter mit allen Schrecken über die Felder ziehen. Zuletzt aber kommt einer des Wegs und sagt: ich sehe noch mehr, lieben Leute. Mir ist dieser große Feuerball, mag er noch so groß und rot und ernst über dem Horizont hängen, nicht so sehr ein Mal des Grauens als eine Brücke zu einem Freudenhimmel. Gerade weil ich mitten drin war im Dreck, als richtiges „Frontschwein“ von der Infanterie, nehme ich mir das Recht heraus, neben den Dornenwegen eurer Kriegserinnerungen ein kleines Rösslein anzublättern zu lassen. Um mit Zarathustra zu sprechen: „Und verloren sei uns der Tag, wo nicht ein Mal gefantzt wurde! Und falsch heiße uns jede Wahrheit, bei der es nicht um Gelächter geht!“

Sagen wir es kurz und bündig: diese Blütenlese von Feldpostbriefen ist so naturgemäß und wahrhaftig, daß man darüber jenes große Lachen erlernt, das uns allen Groß- und Kleinkrieg dieses unvollkommenen Erdenbasens leichter extrahieren ließe, wenn es mehr von solchen Rösslein gäbe. Ohne einen Nebenmann mit Humor ist letzten Endes keine Kameradschaft möglich, und ohne jene Kraft, die aus der Freude kommt, auch keine Volksgemeinschaft. Harte Pflicht-

Kaufahrtsfahrtschiffe angeordnet worden war. Kann die Halbentkreuzflagge nicht am Bug gesetzt werden, so wird sie an einer anderen geeigneten, der Würde dieses Hoheitszeichens entsprechenden Stelle gesetzt. Die Signalrahe und das Signalfag bleiben den Signalfahnen vorbehalten.

Deutscher Heldengedenktag am 25. Februar

Aus Berlin wird gemeldet:

Der fünfte Sonntag vor Ostern, der 25. Februar, wird als Helden-Gedenktag einheitlich im ganzen Reich begangen. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, hat die Landesregierungen ersucht, die zur würdigen Begehung dieses Tages erforderlichen Maßregeln unverzüglich zu treffen und besonders alle Lustbarkeiten zu verbieten.

Es findet am Sonntag, 25. Februar, 12 Uhr mittags, ein Staatsakt in der Berliner Staatsoper Unter den Linden statt mit folgendem Programm:

1. Trauermarsch aus der „Eroica“, von Ludwig van Beethoven, 2. Gedendrede des Reichswehrministers, Generaloberst von Blomberg, 3. Lied „Ich hatt' einen Kameraden“, 4. Einzug der Götter in Walhall aus „Rheingold“, von Richard Wagner, 5. Deutschland-Lied und Horst-Wessel-Lied.

Der Staatsakt wird über alle deutschen Sender übertragen.

Die an diesem Sonntag zur Vereidigung versammelten Amtswalter der NSDAP werden auf ihren Aufmarschplätzen diese Übertragung anhören. Anschließend an den Staatsakt in Berlin findet vor der Staatsoper ein Vorbeimarsch der Reichswehr und anderer Formationen statt.

Die Reichsregierung hat angeordnet, daß am Heldengedenktag, Sonntag, dem 25. Februar, sämtliche Dienstgebäude des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie alle Gebäude von öffentlich-rechtlichen Körperschaften halbmast flagen.

Chestandsdarlehen stürmisch gefragt!

Die Nachfrage nach Chestandsdarlehen übertrifft, wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, alle Erwartungen. Es war bei Erlass des Gesetzes über Förderung der Eheschließungen in Aussicht genommen worden, ab 1. August 1933 monatlich rund 20 000 Chestandsdarlehen zu gewähren. Die Zahl der gewährten Chestandsdarlehen hat jedoch in den ersten sechs Monaten, August bis Januar, 183 000 erreicht. Der Monatsdurchschnitt der bis jetzt gewährten Chestandsdarlehen beträgt demnach 30 500. In den ersten zehn Tagen des Februar sind weitere 10 000 Chestandsdarlehen gewährt worden. Die Summe der gewährten Chestandsdarlehen übersteigt erheblich das bisherige Aufkommen an Chestandsdarlehen der letzten Jahre. Diese Tatsache bedingt, in der Verteilung von Chestandsdarlehen eine Unterbrechung bis zum 31. März 1934 eintreten zu lassen.

Um jede unnütze Belastung der Verwaltung zu vermeiden, wird gebeten, jeden Versuch auf vorzeitige Erlangung des Chestandsdarlehenbescheides zu unterlassen. Diese Maßnahme ist durch die gegebene finanzielle Lage und somit durch die allgemeinen Interessen des Volksganges bedingt. Mit der Verteilung von Bescheiden wird am 1. April 1934 wieder begonnen werden. Es ist in Aussicht genommen, in der Zeit vom 1. April 1934 bis 31. März 1935 rund 250 000 Chestandsdarlehen zu gewähren.

Internationale Truppen

für das Saargebiet?

Keine Einigung im Saarausschuß.

Wie aus Genf gemeldet wird, hat der Dreierausschuß für die Saar am Freitag und Sonnabend mit den zugelassenen Völkerbundsbeamten und juristischen Sachverständigen beraten. Trotz aller Geheimnisfrämerei sind die wichtigsten Ergebnisse durchgesickert. Die Frage der etwaigen Inanspruchnahme ausländischer Polizeitruppen ist auf die Märztagung des Ausschusses verschoben worden, da darüber keine Einigung möglich war.

erfüllung und eiserne Disziplin verhelfen zu erstaunlichen Leistungen; aber das Kämpchen glüht noch länger, wenn sich der Soldat dabei des Lebens freut.

Kauft, lieben Freunde, kauft dieses Freudenlämpchen und zündet es auch anderen an. Es ist allen Kriegskameraden, vom Musketier aufwärts, gewidmet und erzählt, wie sich ein Soldat frisch, froh, fromm, frei durch den Weltkrieg geschlagen und was er sich dabei gedacht hat... Wenn ihr an Vorfrühlingsabenden den Sturm durch die Dachschindeln pfeifen hört, dann seid ihr in der rechten Stimmung, solche Kost zu genießen. Und wenn ihr einen Nachbarn wischt, der nachts nicht schlafen kann, weil er sich über Bankzinsen und Weizenpreise zu Tode fränkt, dann hängt ihm dieses Lämpchen an seinem Bette auf: „Ram rad, weißt du noch?“ Es hat schon stärker in der Welt gebraut. Und dennoch hat es tapfere Kerle gegeben, die haben über alles hinweggelacht, wenn sie sich „etwas dabei dachten“. Wenn alle Ärzte und Naturärzte versagen, — das Lämpchen des gesunden Humors übertrifft in seiner Wirkung alle Rezepte, die gegen schlaflose Nächte erfunden sind.

Zum Schluß eine ebenso ehrliche wie notwendige Versicherung: im Gegensatz zu vielen verlogenen Kritiken, die man in Zeitungen und anderswo über Neuerscheinungen lesen kann, haben wir hier — wie sonst immer — unsere echte Meinung über eine echte Angelegenheit — wie nicht immer — verraten. Bei Missetaten sind wir zwar nicht erbötig, Herrn Rössleins Feldpostbriefe an seine Geliebte gegen Erlass der Unkosten wieder zurückzunehmen. Wir können dem bedauernswerten Griesgram dann lediglich mit dem Rat dienen, einen festen Strick zu erwerben, oder — eine fröhliche Kameradschaft. Der Strick macht alle Heilmittel überflüssig, und die fröhliche Kameradschaft erhebt alle Bücher, die darüber geschrieben wurden, sie mögen noch so sehr von Geist und Gelächter erhebt sein. Doch will uns scheinen, jene große Kameradschaft des großen Krieges sei einzigartig gewesen, als eine durch den Tod geheiligte Bluts- und Bekenntnisgemeinschaft.

Ram rad, weißt du noch? Solch schwere Worte hast du niemals geliebt (auch Rösslein meidet sie); aber du hast diese Gemeinschaft schlicht und ernst und — Gott sei Dank! — auch fröhlich erlebt! Und dieses Erlebnis gibt einem ganzen Geschlecht sein Gepräge. Es reißt darüber hinaus noch eine zweite und dritte Jugend mit. Nicht alle, aber die Besten! ...

Großer Arbeitsbeschaffungsplan der Polnischen Regierung.

Was hat Westpolen davon?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am 17. d. Mts. fand im Präsidium des Minister-rats in Warschau eine Pressekonferenz statt, in welcher Vertreter der Regierung die Presse mit dem Arbeitsprogramm der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1934 bekannt machten.

Die Konferenz eröffnete im Namen des Ministerpräsidenten der Unterstaatssekretär im Ministerpräsidentenrat Lechnicki. In Anknüpfung an die in diesen Tagen vom Ministerpräsidenten erlassene Verfügung über die beschleunigte Inangriffnahme der Investierungsarbeiten dieser Saison charakterisierte Unterstaatssekretär Lechnicki die Maßnahmen der Regierung zur Erhöhung der Beschäftigung im Jahre 1934. Er wies in seinen Ausführungen auf die besondere Schwierigkeit hin, die sich für Polen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus der Tatsache ergibt, daß hierzulande der Zuwachs an Arbeitskräften sich ständig in hohen Ziffern ausdrückt. Wer gerade deshalb müsse die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als eines der wichtigsten Probleme, das unmittelbar nach der Staatsverteidigung rangiert, angesehen werden. Der Redner erklärte, daß die Politik der Regierung eine

dauernde Lösung des Arbeitslosen-Problems ins Auge fasse. Als grundlegende Bedingungen dieser Lösung bezeichnete der Redner:

- a) das Anwachsen der natürlichen Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten durch die innere Kapitalisierung,
- b) die Besserung der Produktionsbedingungen durch die Verbrauchsvermehrung,
- c) die Sicherung der maximalen Rentabilität der Investitionen durch Senkung der Investierungskosten,
- d) die Ausnutzung der vollen Möglichkeit einer intensiven Gestaltung der Investierungstätigkeit durch Unterstützung des Staates.

Unterstaatssekretär Lechnicki erklärte, daß die Kapitalisierung und die Investitions-Kalkulation eine Besserung aufweisen, was eine Erhöhung der Beschäftigung ermöglicht.

In diesem ganzen Prozesse, — jagte der Redner, — wird dem Staate eine entscheidende Rolle zufallen und zwar nicht infolge irgend welcher etatistischer Tendenzen, sondern einfach aus dem Grunde,

weil der Staat in Anbetracht des Ausbleibens der privaten Initiative Aufgaben übernehmen mußte, um die er sich vor dem Kriege nicht zu kümmern brauchte.

Der Mangel an Initiative ist der ungenügenden Rentabilität zuzuschreiben; um so mehr müsse die bescheidene Initiative, die in Erscheinung tritt, unterstützt werden. Auf diese Voraussetzungen gestützt, beschloß die Regierung eine wirtschaftliche Aktion zur Steigerung der Beschäftigung zu entwickeln. Der jetzige Stand der Aktion stellt sich folgendermaßen dar:

1. Es wurde ein Programm von am meisten rentablen und die Arbeitslosigkeit am erheblichsten vermindern den Arbeiten geschaffen; die entsprechenden Maßnahmen wurden im Herbst getroffen, damit die Arbeiten im Frühjahr beginnen können;
2. es wurde eine Hilfe für diejenigen Privatpersonen vorbereitet, welche sich zu Investierungsarbeiten bereit erklären;
3. die Organisation wurde in den Stand gesetzt, die Saison so früh als möglich zu beginnen;
4. eine besondere Aufmerksamkeit wurde der Beschäftigung des heranwachsenden Geschlechts zugewandt;
5. die Volksgemeinschaft wurde durch entsprechende lokale Komitees zur Mitarbeit herangezogen.

Im Ergebnis aller dieser Vorbereitungen sollen im Frühjahr mindestens 200 000 Menschen neu beschäftigt werden,

während im vergangenen Jahre nur 60 000 Menschen neu beschäftigt wurden. Diese günstige Änderung schrieb der Redner der Errichtung des Arbeitsfonds und dem neuen Baukredit-System zu.

Nach dem Unterstaatssekretär Lechnicki sprachen nacheinander Vertreter der einzelnen Ministerien und staatlichen Institute und erteilten Informationen über die Investierungspläne auf den von ihnen repräsentierten Gebieten.

Der Vizeminister im Verkehrsministerium Piajecki besprach den Plan der Investierungsarbeiten in seinem Ressort. Der Bau der Eisenbahnlinien: Krafa—Miechów, Warschau—Radom und Plock—Sierpee soll so weit beschleunigt werden, daß der provisorische Verkehr noch Ende 1934 auf diesen Linien eröffnet werden kann. Weitere Bauarbeiten werden auf dem Warschauer Eisenbahnnotenpunkt im Zusammenhange mit seiner Elektrifizierung vorgenommen werden. Geplant wird außerdem eine Reihe von Bauarbeiten auf den Bahnhöfen zur besseren Ausgestaltung des Verkehrs. Weiter besteht die Absicht, die Güterwagen mit zusammengeführten Bremsen zu versehen, was eine Ausgabe von 5 Millionen Zloty verursachen wird. Der Investitionsplan der staatlichen Eisenbahnen veranschlagt die Ausgaben mit 62 400 000 Zloty. Außer dem ständigen Personal werden bei den Bauarbeiten auf den Bahnen zusätzlich etwa 12 000 Arbeiter beschäftigt werden. Die Eisenbahnarbeiten werden der Industrie Beschäftigung geben. Die Lieferungen für den Bedarf der staatlichen Eisenbahnen werden auf 145 Millionen Zloty geschätzt.

Im Bereiche des Wegebau sind: der Bau von (nur!) 78 km neuer Wege sowie die Ausbesserung von 225 km bestehender Wege vorgesehen. An größeren Brücken werden etwa 1800 Meter errichtet. Für Wegebau sind Kapitalien aus dem Arbeitsfonds und dem staatlichen Investitionsfonds vorgesehen: insgesamt etwa 25 Millionen Zloty sowie die kreditierte Ausführung von Arbeiten für 21 Millionen Zloty auf Rechnung der Eingänge aus dem Wegefonds. Im Zusammenhange mit den Wegebauarbeiten werden beim Bau in den städtischen Hilfsanstalten gegen 3000 Arbeiter Beschäftigung finden.

Im Bereiche der Wasserarbeiten sind beabsichtigt: der Bau von Häfen an der Weichsel und zwar in Plock, Zeran und Płazów; die Regulierung der Schwarzen Przemija, des Czeremojz, Pruth und der Wilja, schließlich der Bau der Wasseranstalt an der Solain Potabla (Weißgalizien). Der Arbeitsfonds wird für diesen

Zweck rund 4 Millionen Zloty liefern, was die Beschäftigung von etwa 6000 Arbeitern ermöglichen wird.

Etwa 1 700 000 Zloty werden für den Bau von Flughäfen und 3 400 000 Zloty für den Ankauf von Flugzeugen, Flugzeugmaterial und Inventar bestimmt.

Vizeminister im Landwirtschaftsministerium Kasinski besprach die Investierungsarbeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Das Landwirtschaftsministerium plant die Durchführung einer Zusammenlegungsaktion auf 1 500 000 Hektar, deren Kosten 7 500 000 Zloty betragen werden, die Parzellierung von 13 000 Hektar durch das Landwirtschaftsministerium, von 20 000 Hektar durch die Bank Rolny und von 60 000 Hektar aus freier Hand. Bei alledem werden bis 25 000 Arbeiter Beschäftigung finden.

Im Bereiche der Staatsforsten sind für die Zahlung der Lohnarbeit gegen 50 Millionen Zloty (außer den Ausgaben für die Verwaltung) vorgesehen; weiter stehen im Plan 33 Millionen Zloty für andere Ausgaben, die eine unmittelbare Wirkung auf den Beschäftigungsstand haben. In der Forstwirtschaft werden 60 000 Arbeiter, in den industriellen Anstalten gegen 5000 Arbeiter beschäftigt werden. Das Ministerium wird auch Beihilfen den Selbstverwaltungen und landwirtschaftlichen Organisationen zur Hebung der Pflanzen- und Zuchtproduktion gewähren; für die Förderung des Umsatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist ein Kredit von 17 Millionen Zloty bestimmt usw.

Deutsche Vorschläge an den Finanzminister.

Abg. Rosjumeł vom Deutschen Parlamentarischen Klub hat am 14. Februar d. J. folgendes Schreiben an den Finanzminister gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister!

Da der Deutsche Parlamentarische Klub wegen seiner geringen Mitgliederzahl nur über sehr wenig Redezeit in der Budgetdebatte des Sejm verfügt, erlaube ich mir, Ihnen auf diesem Wege einige Vorschläge, die Ihr Ressort betreffen, zu unterbreiten.

Unsere Finanzgesetze sind immer noch sehr reformbedürftig. Wir müssen uns darüber beklagen, daß die Einschätzungs-Kommissionen ungerecht vorgehen und zweierlei Maß anwenden. Die Selbsteinschätzungen werden verworfen und willkürliche Veranlagungen vorgenommen, die zum Ruin von Handel und Gewerbe führen. Weil die Befreiung der Zahlung der veranlagten Steuern nicht aufhält, wird gepfändet und den Steuerzahlern ihr Hab und Gut genommen. Kein Wunder also, daß verschiedene Finanzämter große Lager von Möbeln, Maschinen und Werkzeug besetzen, die sie von Zeit zu Zeit für billiges Geld versteigern. Wohlhabendere Geschäftsleute kaufen die Gegenstände im Auktions- und Bogen auf und verkaufen sie unter dem Marktpreis, wodurch natürlich der normale Handel leidet. Ich stelle fest, daß bei unserem augenblicklichen Steuersystem die Berufung keinen praktischen Wert hat, da die Finanzbehörden den durch die Pfändung angerichteten Schaden ja doch nie ersehen. Unsere Forderung einer

Neuregelung der Berufungsprozedur

müßte unbedingt berücksichtigt werden, da sonst die Bevölkerung an der Gerechtigkeit der Gesetze irre werden muß. Wir fordern ferner:

1. daß die zwangsweise Eintreibung nur wegen der Summe erfolgt, die der Selbsteinschätzung des Steuerzahlers entspricht;
2. daß bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die zu zahlende Steuersumme jeder Zwangsverkauf der lediglich zur Sicherung gepfändeten Gegenstände unterbleibt;
3. daß Verzugszinsen höchstens bis zu dem erträglichen Ausmaß von 4% jährlich erhoben werden;
4. daß mehr als bisher die gesetzliche Bestimmung beachtet wird, wonach das Berufungsverfahren innerhalb von neun Monaten abgeschlossen sein muß;
5. daß eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen wird, daß, falls die Berufung nicht innerhalb des vorerwähnten Zeitraumes entschieden ist, die Selbsteinschätzung des Steuerzahlers für die Höhe der zu zahlenden Steuer maßgebend bleibt.

Ferner müßte das Berufungsverfahren dahin reformiert werden, daß an der Spitze der Berufungskommission ein ordentlicher Richter steht, damit die Kommission frei und unabhängig wird. Solche Finanzgerichte in folgender Zusammenlegung: ein Richter als Vorsitzender, 2 Finanzbeamte und 2 in Frage kommende Gewerbetreibende als Beisitzer sind bei den Kreisgerichten einzurichten.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

H. S. D. 1. Durch das neue Sozialversicherungsgesetz ist in Sachen der Rückforderung eingezahlter Beiträge von weiblichen Angehörigen, die sich verheiratet wollen, nichts geändert. Der Anspruch kann nicht vor Ablauf von 6 Monaten ohne Beschäftigung, die die Versicherungspflicht nach sich zieht, muß aber spätestens innerhalb eines Jahres von diesem Zeitpunkt an geltend gemacht werden. 2. Der Anspruch ist anzumelden an die Versicherungsanstalt für geistliche Arbeiter in Posen durch die für Ihre Braut zuständige Sozialversicherungsanstalt (frühere Krankenkasse). Erforderlich ist der Nachweis, daß 60 Beitragsmonate erreicht sind, und der standesamtliche Nachweis, daß die Versicherte eine Ehe eingegangen ist.

M. J. Kubawa. Die vier Nummern der Anleiheabschließung sind bisher nicht gezogen worden.

E. S. 100. Wenn der Gläubiger ein Privatmann ist und nicht eine Bank oder eine Kreditgenossenschaft, so hat er auf die Weiterzahlung eines Zinsfußes von 10 Prozent vom 1. April 1933 bis 1. Oktober 1934 keinen Anspruch, muß sich vielmehr mit einem Zinsfuß von 6 Prozent begnügen (Gesetz vom 29. März 1933).

F. R. 10 000. 1. Ihre Frau hat an die Wirtschaft dieselben Ansprüche wie Ihre Geschwister, denn sie ist Miteigentümerin derselben. Natürlich hätte sie bei ihrer Verheiratung die gleichen Ansprüche stellen können wie jetzt Ihre Schwester. 2. Die Einkünfte aus der Wirtschaft gehören allen Erben, somit auch Ihrer Frau, nach der Größe ihres Anteils. 3. Wenn Ihre Frau von den Einkünften der Wirtschaft nichts erhalten hat, so hat sie natürlich Anspruch auf die Verzinsung dieser Rückstände. 4. Ihre Frau kann

Blutwankungen, Herzbelemmung, Atemnot, Angstgefühl, Nervenzerrbarkeit, Migräne, Schwindel, Schlaflosigkeit können durch den Gebrauch des natürlichen „Franz-Josef“-Bitterwassers oft beseitigt werden. Ärztlich bestens empfohlen. 341

Der Präses des Arbeitsfonds Marner bemerkte, daß für das nächste Jahr die Mobilisierung von 80 Millionen Zloty (60 Millionen aus dem Arbeitsfonds und 20 Millionen aus dem Investitionsfonds) vorgesehen ist. Zu den wichtigeren geplanten Arbeiten gehören: Elektrifizierungs- und Gasleitungsarbeiten. U. a. wird die Gasleitung Krosno—Jasio—Mosciece beendet werden. Weiter wird der Bau von etwa 100 Schulen vollendet werden. Insgesamt soll die Herausgabe der veranschlagten 80 Millionen Zloty die Beschäftigung von 100 000 Menschen ermöglichen.

Über die Aktion zur Beschäftigung der Arbeitslosen referierte Vizeminister Duch vom Ministerium für soziale Fürsorge. Im Budget dieses Ministeriums sind 10 700 000 Zloty für die Beschäftigung und Soforthilfe an die Arbeitslosen bestimmt. Davon entfallen 9 Millionen auf die Beschäftigungsaktion, und zwar in folgender Verteilung: 6 Millionen werden der speziellen Aktion zur Beschäftigung der Jugend zur Verfügung gestellt werden, und 3 Millionen werden zur Hilfeleistung in den Gebieten, welche die höchsten Arbeitslosenzahlen aufweisen, dienen. Das wird die Möglichkeit geben, gegen 5000 Jugendliche und 4000 Erwachsene zu beschäftigen.

Zuletzt referierten Abteilungschef Biejski und Dir. Garbusinski. Ersterer sprach über die zu organisierenden Jugendarbeitslager (worauf wir noch zurückkehren werden), letzterer entwickelte das Programm der Unterstützung des Wohnungsbaus, wofür 30 Millionen Zloty veranschlagt werden.

Die indirekten Steuern sind leider auch noch nicht heruntergekehrt worden, weshalb die einzelnen Kartelle, trotz des Kartellgesetzes, immer noch ihre hohen Preise behalten dürfen.

Auch die Anpassung der hohen Preise im Staatsmonopol an die überaus niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte ist noch nicht erfolgt.

Die seit Jahren anhaltende Wirtschaftskrise und die hohen Steuern haben besonders die kleinen Unternehmer in Industrie, Handel und Gewerbe in große Verdrückung gebracht. Ich glaube daher, daß die gesetzliche Herabsetzung der Bank- und Genossenschaftszinsen ein wichtiger Faktor für die Ankurbelung der Wirtschaft wäre. Wie ich im vorigen Jahre schon erwähnte, dürften Prozentsätze von ca. 6% für Schuldner nicht überschritten werden. Wir kämen damit auf das europäische Niveau.

Eine weitere brennende Frage, besonders für die Grenzbevölkerung, ist

Die Paßfrage.

Im Jahre 1929 waren sich alle Mitglieder der Budgetkommission darüber einig, daß die Paßgebühren bei uns denen in Westeuropa angepaßt werden müßten. Am 29. 1. 30 wurden diese Gebühren auch tatsächlich von 250 Zł auf 100 Zł heruntergesetzt. Jedoch schon im Juni 1931, nach kaum 1½ Jahren wieder auf 200 Zł und nach einem weiteren Jahre, im Mai 1932, sogar auf 400 Zł erhöht. Herr Minister, wieviel Menschen können sich das heute noch leisten, einen so teuren Auslandspaß zu bezahlen? Und wenn schon jemand entschlossen ist, diesen ungeheuren Betrag zu entrichten, dann muß seine Ausreise doch wirklich unbedingt notwendig sein. Und doch haben wir viele solcher Fälle zu verzeichnen, wo die Betroffenen auch dann noch keinen Paß erhielten, weil sie Deutsche waren.

So wurde z. B. einer Frau, die mit ihren Kindern zu der 70-jährigen Großmutter nach Deutsch-Schlesien fahren wollte, das Visum abgelehnt.

In einer Zeit, wo in allen Kulturstaaten das Bestreben immer deutlicher zum Ausdruck kommt, den freien ungenetzten Verkehr der Völker zu fördern, umschließt sich Polen durch das geltende Paßgesetz mit einer chinesischen Mauer gegen das Ausland. Die Folgen dieses Vorgehens sind recht bedauerlich. Die wirtschaftlichen Kreise werden durch die Paßbestimmungen mit ihren bürokratischen Durchführungen von dem internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb ausgeschlossen, die Möglichkeit für die polnischen Intelligenzkreise, ihren Geschäftskreis durch Studien im Auslande zu erweitern, wird genommen, Familienbeziehungen werden allen humanen Rücksichten entgegen gerissen und eine tiefe Verbitterung in die Seele einer großen Zahl von Bürgern gepflanzt, wodurch das patriotische Gefühl keineswegs gefördert wird.

In den Westgebieten Polens haben hundertaufende Menschen ihre allerersten Verwandten, Eltern oder Kinder, in den Nachbarstaaten. Die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes und der Arbeiterkreise macht ihnen die Bezahlung der hohen Paßgebühren zur Unmöglichkeit. Deshalb werden auch die Klagen, daß unsere Regierung alle Familienbände nach bolschewistischem Muster zerreißt, immer häufiger.“

ebenso wie jeder andere ihrer Mitbrüder eine Auseinandersetzung unter den Erben verlangen, oder sie kann auch ihren Anteil an der Wirtschaft verkaufen, aber über das ganze Grundstück können nur alle Erben gemeinschaftlich verfügen. Wenn sich die Erben nicht einigen können, bleibt als einziger Ausweg übrig die Zwangsversteigerung der Wirtschaft.

Hypothek 511. Das Gesetz vom 29. März 1933 über die Zinsherabsetzung gewisser Hypotheken setzt zweierlei fest: die Zinssetzung dieser Hypotheken auf 6 Prozent und ein Novatorium für die Rückzahlung dieser Hypotheken bis 1. 10. 34. Am 1. Oktober 1934 kann also die Rückzahlung dieser Hypotheken wieder verlangt werden, aber eine Heraushebung des Zinsfußes dieser Hypotheken auf die frühere Höhe von dem genannten Zeitpunkt ab ist im Gesetz nicht vorgesehen. In diesem Punkt ist das fragliche Gesetz unbefristet, d. h. der Zinsfuß von 6 Prozent bleibt weiter bestehen. Wenn der Gläubiger also mit diesem Zinsfuß nicht zufrieden ist, so kann er die Hypothek zum 1. 10. 34 kündigen. Wir glauben in diesem Zusammenhang, daß Arrangements zwischen Schuldner und Gläubiger über eine höhere Verzinsung nach dem 1. Oktober 1934 zulässig sind; im Art. 5 des genannten Gesetzes heißt es zwar, daß Verzichte des Schuldners auf die Vorteile des Gesetzes ungültig sind, aber, wie es ausdrücklich heißt, nur solche Abmachungen, die vor dem Inkrafttreten des fraglichen Gesetzes getätigt worden sind. Daraus ist zu folgern, daß spätere Abmachungen solcher Art zulässig sind. Sie kämen ja auch dem Schuldner zugute, dem es lieber sein wird, die bisherige Hypothek zu behalten als eine neue aufzunehmen, für deren Verzinsung er unter Umständen 12 Prozent zahlen muß — von den Kosten der Neuaufnahme ganz abgesehen. Denn für Hypotheken, die nach dem 1. Juli 1932 entstehen, können bis zu 12 Prozent Zinsen verlangt werden.

P. M. Kleidungsstücke, die für den Bedarf des Schuldners oder zur Erhaltung eines angemessenen Hausstandes unentbehrlich sind, sind der Pfändung nicht unterworfen. Beschwerde beim Magistrate evtl. Interventionsklage bei Gericht.

